

Bewegung für Sozialismus  
FÖJ

**offensiv  
links**

6 | Sept. '74

**5** ARBEITSKÄMPFE  
IN ÖSTERREICH

**8** ORF-  
KOSMETIK

**11** MUSS KOLARIC  
HEIMFAHREN ?

**13** INTERNATIONALE  
NACHRICHTEN

# Für kämpferische Gewerkschaften

Am 29. und 30. September 1974 werden die Arbeiterkammerräte neu gewählt. Im Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten spielt die Tätigkeit der Arbeiterkammer keine besondere Rolle. Dies kommt daher, daß die Arbeiterkammer die Interessen der Lohnabhängigen nicht so wirksam und in aller Öffentlichkeit vertritt wie die Unternehmerkammer die Interessen ihrer Mitglieder.

Die Arbeiterkammer, geschaffen als "Waffenschmiede" für den Klassenkampf, nützt die ihr gegebenen Möglichkeiten nur ungenügend. Dabei könnten die von der Arbeiterkammer ausgearbeiteten wissenschaftlichen Analysen und gesetzlichen Alternativen, bei gleichzeitigem entschiedenen Vorgehen gegen Unternehmerswillkür und entsprechender Information und Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten, eine wesentliche Hilfe in den Klassenauseinandersetzungen sein.

Der große Apparat der Arbeiterkammer für alle Bereiche der Wirtschafts- und Sozialpolitik, des Rechts- und Gesundheitswesens wird nicht entsprechend genutzt, weil er nur Werkzeug in der Hand von wenigen Spitzenfunktionären ist, die allein alle wichtigen Entscheidungen treffen.

Außer bei Wahlen hatten die Arbeiter und Angestellten bisher keine Möglichkeit, auf die Tätigkeit der Arbeiterkammer Einfluß zu nehmen. Deshalb kommt es gerade jetzt, wo die wirtschaftliche Situation sich verschärft, darauf an, klassenbewußte, kämpferische Vertreter in die Arbeiterkammer zu entsenden, als Sprecher des

Fortsetzung Seite 2

**Solidarnost  
Tesanüd  
Solidarität**



**GEWERKSCHAFTLICHE  
EINHEIT**  
parteiunabhängig



**Arbeiterkammerwahl 29. und 30. September 1974**

Fortsetzung von Seite 1

wachsenden Unmutes in den Betrieben über die unzumutbare Teuerung und die unzureichende Lohn- und Gehaltspolitik sowie das Lohnsteuerrecht, als Kämpfer gegen die Diskriminierung der berufstätigen Frauen und der ausländischen Arbeiter.

Die Forderungen aus den Betrieben werden umso mehr realisiert, wenn die Arbeiter und Angestellten sich nicht von den Spitzen der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft bevormunden lassen, sondern ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen.

### Insel der Glückseligen?

Man redet uns ein, daß die Sozialpartnerschaft Österreich zu einer wahren Insel des sozialen Friedens gemacht hat. Viele glauben es. In Wirklichkeit gibt es keinen sozialen Frieden, weil die Unternehmer ständig ihre Machtpositionen auf Kosten der Arbeiterschaft ausbauen. Abgesehen von fallweisen Schwierigkeiten, mit denen man bisher fertig werden konnte, schien alles in Ordnung. Nur wenige schreckte gelegentlich der Krieg in Vietnam auf, die faschistische Machtergreifung in Griechenland und in Chile, Rassenhaß, Kindersterblichkeit, Hunger und Not in großen Teilen der Erde. Von diesen Krisenherden war Österreich angeblich nicht berührt. Jetzt aber häufen sich die wirtschaftlichen Erschütterungen in Westeuropa - Währungskrisen, Inflation, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit in England, der BRD, in Italien usw.

Über die tieferen Ursachen dieser Entwicklung wird die Arbeiterschaft von ÖGB und Arbeiterkammer im unklaren gelassen. Nicht die Lohnforderungen der Arbeiterschaft, nicht die Kampffaktionen zur Durchsetzung dieser Forderungen, keine Naturkatastrophen und auch nicht die Fehlspekulationen einzelner Unternehmer sind die wirkliche Ursache. Diese immer wieder auftretenden Erschütterungen wurzeln im Charakter der kapitalistischen Produktion.

Maximaler Profit sowie die Ausweitung der Macht und nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der arbeitenden Menschen ist das Ziel des Kapitals.

Fortsetzung Seite 3

# offensiv links

Linke, Sozialisten, Kommunisten wissen oft zu wenig von ihren unterschiedlichen Problemen und Auffassungen, auch von den Problemen und Meinungen der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten.

Die Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten wissen wenig oder gar nichts von den Problemen und Auffassungen der Linken, Sozialisten und Kommunisten und wenn sie einmal etwas hören, was sie interessieren könnte, verstehen sie nicht die Sprache der Linken.

"offensiv links" will hier eine Lücke füllen, die Kluft zwischen alter und neuer Linken überbrücken helfen.

Den Graben zwischen Linken, Sozialisten und Kommunisten auf der einen Seite und den Arbeitern und Angestellten, Schülern und Studenten auf der anderen Seite zu schließen.

Durch breite, verständliche und aktuelle Information über alle Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung, über die Kämpfe gegen Kapitalismus und Ausbeutung, gegen Imperialismus und Unterdrückung.

"offensiv links" wird von der FÖJ-Bewegung für Sozialismus herausgegeben. In der FÖJ-Bewegung für Sozialismus sind Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Studenten organisiert. Die Erfahrungen, die der einzelne in der Arbeitszeit und in der Freizeit macht, werden regelmäßig ausgetauscht.

Verständnis für die Probleme des einzelnen hilft die Erkenntnis der Probleme der arbeitenden Bevölkerung vertiefen.

### KONTAKTADRESSEN:

1040 Wien, Belvederegasse 10, 65-19-52

1090 Wien, Porzellangasse 33a, 34-67-145

1020 Wien, Odeongasse 1(Eingang Große Mohrengasse), 24-70-402

ERSCHEINUNGSORT: WIEN

VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ - Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellangasse 33a, Telefon: 34 67 145

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52

Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

Einzelpreis: S 5, --

Jahresabonnement: S 50, --

Bei Mitgliedern ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag beinhaltet.

# offensiv links

Österreich, ein kapitalistisches Land, ist durch tausend Fäden, Handelsverträge, internationale Konzerne und durch die Kontrolle wesentlicher Teile unserer Industrie durch das Auslandskapital mit dem kapitalistischen Weltsystem verknüpft.

Immer, wenn die Kapitalisten in Schwierigkeiten geraten – und das erleben wir gerade jetzt – fordern sie die Arbeiterschaft auf, "gesamtwirtschaftlich" zu denken. Während sie ständig die Preise erhöhen, ist "Maßhalten!" die allgemeine Parole für die Arbeiterklasse. Nachgeholfen wird diesem Appell mit der offenen Drohung, daß sonst die Arbeitsplätze gefährdet seien.

Im Rahmen der Sozialpartnerschaft erfüllen Arbeiterkammer und ÖGB die Aufgabe, die Arbeiter ruhig zu halten und dafür zu sorgen, daß Forderungen nur in einer den Unternehmern "zumutbaren" Höhe erhoben werden. Sie unterordnen dabei die Interessen der Arbeiterklasse den Interessen des Kapitals.

Die unbestrittene Steigerung des Lebensstandards geht nicht auf eine Umverteilung des Sozialprodukts zugunsten der Arbeiterschaft, sondern vorwiegend auf die Steigerung der Produktivität zurück. Die Arbeiterschaft hat das etwas bessere Leben mit Akkordhetze, Überstundenschinderei und Raubbau an der Gesundheit teuer genug bezahlt. Trotzdem sind wir vom versprochenen Europalohn weiter entfernt als in der Vergangenheit. In den Jahren der SPÖ-Regierung hat sich das Verhältnis der Löhne zu den Profiten sogar verschlechtert. (Die Pro-Kopf-Lohneinkommen wuchsen von 1969 bis 1973 brutto um 47 Prozent, die Profiteinkommen je Selbständigen jedoch um 107 Prozent!)

Im Gegensatz zu den Fraktionen der SPÖ, der ÖVP und FPÖ lehnt die Gewerkschaftliche Einheit die "Sozialpartnerschaft" ab, bekämpfen wir die "Einigung" der Gewerkschaften mit den Unternehmern auf Kosten der Arbeiterschaft.

Gegen die Sozialpartnerschaft ist auch die KPÖ. Wie die Erfahrung zeigt, ist ihr Widerstand gegen das System der Sozialpartnerschaft vor allem deshalb nicht wirksam, weil sie ihre Politik in den Betrieben und Gewerkschaften wahlarithmetischen

Gesichtspunkten unterordnet. Ihre Politik der Gleichsetzung von SPÖ und ÖVP sowie ihr unrealistischer und angemaßter Führungsanspruch in der Arbeiterbewegung hindern sie Bündnisse mit klassenbewußten Teilen der Arbeiterschaft und parteilosen Kollegen einzugehen. Zugleich macht sie sich, durch ihr kritikloses Anpreisen der bürokratisierten Arbeiterstaaten als Leitbild des Sozialismus, unglaubwürdig. Sie verstärkt dadurch die antisozialistische Stoßrichtung der bürgerlichen Parteien und der Massenmedien.

### **Gegen die Macht der Konzerne**

Um dem Preis- und Beschäftigungsdiktat der großen Konzerne wirksam begegnen zu können, ist die Verwirklichung folgender Maßnahmen und die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften notwendig:

- + Mehr Einfluß der Arbeiterschaft auf die betriebliche und staatliche Wirtschaftspolitik;
- + Ausbau der Kontrollrechte der Arbeiterschaft durch Offenlegung der Wirtschaftsbücher, Zugang zum Bankgeheimnis.
- + Aufhebung der Schweigepflicht für die Betriebsräte, Vetorecht der Betriebsversammlung gegen Maßnahmen, die die Zukunft des Betriebes gefährden.
- + Mitentscheidung der Betriebsräte im Aufsichtsrat bei Bestellung der Vorstandsmitglieder und Festsetzung ihrer Bezüge.

Wenn die klaglose Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern (Ernährung, Energie u. a. m.) bedroht ist, müssen die betreffenden Betriebe im Interesse der Allgemeinheit der Profitgier und dem Machtbereich der Konzerne entzogen und unter Kontrolle der Arbeiterschaft verstaatlicht werden.

Konkret heißt das heute:

- + Verstaatlichung des gesamten Erdölsektors – vom Rohprodukt über die Verarbeitung bis zum Vertrieb,
- + Die Konzerne müssen gezwungen werden, die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt-

bedingungen auf ihre Kosten durchführen zu lassen (Abwässer- und Luftreinigung, Müllbeseitigung).

- + Durchsetzung von umwelt- und menschenfreundlichen Produktionsmethoden.

### **Eure Forderungen – Unser Programm**

Die Gewerkschaftliche Einheit wird sich für die Verwirklichung folgender Forderungen einsetzen:

- + Schluß mit der Maßhalte- und Stillhaltepolitik
- + Durchsetzung von Lohnerhöhungen zur Abgeltung der Teuerung und der Leistungssteigerung sowie der ungerechten Lohnsteuer. Es geht dabei um die längst notwendige Umverteilung der Nationaleinkommen zugunsten der Arbeitenden.
- + Festsetzung entsprechender Mindestbeträge bei perzentuellen Lohnforderungen bzw. Forderungen nach linearen Lohnerhöhungen (gleiche Schillingbeträge).
- + Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit; keine Diskriminierung von ausländischen Arbeitern, Frauen oder Jugendlichen. Jede Spaltung der arbeitenden Menschen nützt den Unternehmern und hemmt die einheitliche Aktion.
- + Durchführung von Urabstimmungen über die Forderungen und vor Abschluß eines Kollektivvertrages.
- + Abschaffung aller Lohngruppen für Frauen und Jugendliche.
- + Abschaffung aller Entlohnungssysteme, die Lohngruppen noch mehr differenzieren und betriebliche Lohnkämpfe erschweren.
- + Trennung der Lohnsteuer von der Einkommensteuer.
- + Radikale Senkung der Lohnsteuerprogression bei niederen und mittleren Einkommen.
- + Lohnerhöhungen zur Abgeltung der Teuerung sollen nicht besteuert werden.
- + Eine Woche mehr Urlaub für alle.
- + Einheitliches Arbeitsrecht für Arbeiter und Angestellte. —



- + Bezahlte Freizeit für einen Eltern- teil, wenn wegen Krankheit des Kindes die Anwesenheit zu Hause erforderlich ist.
- + Einrichtung eines allgemeinen Ge- sundheitsdienstes. Krankheit darf nicht Quelle des Profits sein.

### Bildungspolitik

Österreich hat auf dem Sektor For- schung, Schulen, Bildung einen großen Nachholbedarf. Die Überwin- dung des Rückstandes könnte zu einer Verbesserung der menschlichen Be- ziehungen führen und müßte der Wirtschaft durch gezielte Vorhaben die notwendigen Impulse verschaffen, die zur Erhaltung der Vollbeschäfti- gung und Hebung der Masseneinkom- men notwendig sind.

Um allen Kindern die gleichen Vor- aussetzungen zu sichern und als Bei- trag zur Einheit der Arbeiterklasse, verlangen wir die Einführung einer zehnjährigen Gesamtschule.

In der Berufsausbildung sind wir für die Brechung des faktischen Ausbil- dungsmonopols der Privatwirtschaft, für staatliche Ausbildung in selbst- verwalteten Lehrwerkstätten, bei Kooperation mit Arbeiterkammer und Gewerkschaft. Bei Ausbildung in öffentlichen Lehrwerkstätten sind ausreichende Lehrlingsstipendien zu gewähren.

### Sicherung des Arbeitsplatzes

Die Unternehmer suchen jede Krise auf Kosten der Arbeiterschaft zu lö- sen. Durch Kurzarbeit und Kündigun- gen üben sie eine Druck auf das all- gemeine Lohnniveau aus. Betriebs- schließungen erfolgen oft deshalb, weil die Unternehmer bessere Profit- quellen gefunden haben oder zur Lei- tung eines Betriebes unfähig sind.

Wir verlangen deshalb:

- + Kündigungen und Betriebsschlie- ßungen verhindern.

+ Bei drohenden Massenkündigungen sollen die Gemeinde, das Bundes- land und der Staat verpflichtet wer- den, die Belegschaft bei der Wei- terführung des Betriebes zu unter- stützen. Durch breite Solidaritäts- aktionen anderer Betriebe, der Ar- beiterkammer und der Gewerk- schaft müßte den um ihre Existenz kämpfenden Belegschaften gehol- fen werden.

- + Vor Schließung nachweisbar unren- tabler Betriebe müssen rechtzeitig Arbeitsplätze geschaffen werden.
- + Kurzarbeit darf zu keinem Einkom- mensverlust führen.

### Unterstützt die Kandidaten der Gewerkschaftlichen Einheit

Diese Forderungen können nur im Klassenkampf verwirklicht werden. In diesen Auseinandersetzungen wer- den die Arbeiter und Angestellten er- kennen: Der Kapitalismus ist die Schranke, die den Fortschritt hemmt, der ungeheure Werte vergeudet, die Natur zerstört und die schöpferische Entfaltung des einzelnen erschwert.

Die Arbeiter und Angestellten werden dann zur Schlußfolgerung kommen: Der Kapitalismus gehört beseitigt. Wer produziert, wer Werte erarbeitet, soll auch über die Früchte seiner Ar- beit bestimmen.

Deshalb tritt die Gewerkschaftliche Einheit für eine grundlegende Umwäl- zung und damit für eine Gesellschafts- ordnung ein, die das Recht auf Aus- beutung abschafft und anstelle dessen dem einzelnen wesentlich mehr per- sönliche Freiheit schafft, als dies der Kapitalismus jemals vermag.

Die Gewerkschaftliche Einheit kämpft für einen Sozialismus, der sich ein- deutig von den deformierten Arbeiter- staaten Osteuropas unterscheidet. Er wird auf den Prinzipien der direkten, der Arbeiterdemokratie, auf der

Grundlage der Selbstverwaltung be- ruhen.

Unumstößliche Bestandteile dieser neuen Gesellschaftsordnung werden die Autonomie der Gewerkschaften, die Pluralität der Parteien im Rahmen der Gesetze, die Freiheit der Presse, des Reiseverkehrs, der Forschung, des kulturellen und wissenschaftli- chen Schaffens und der Religionsaus- übung sein. Die notwendige gewerk- schaftliche und politische Einheit der Arbeiterklasse herbeizuführen – die allein den Sieg des Sozialismus in großen Klassenkämpfen ermöglicht – dazu will die Gewerkschaftliche Ein- heit ihren Teil beitragen.

### Wählt klassenbewußte Arbeiterkammerräte

Wir haben nicht die Illusion, daß die Interessen der Arbeiterschaft nur auf parlamentarischem Weg, zum Bei- spiel nur durch Wahlen, durchgesetzt werden können.

Aber klassenbewußte Vertreter in par- lamentarischen Institutionen und noch mehr in der Arbeiterkammer, können eine wertvolle Hilfe für die Kämpfe der Arbeiter und Angestell- ten in den Betrieben sein.

Unsere Vertreter in der Arbeiterkam- mer werden, so wie bisher in ihren Betrieben, für die Erreichung der ge- nannten Ziele wirken. Sie werden jede diesbezügliche Initiative aus den Betrieben aufgreifen und in der Arbeiterkammer zur Sprache bringen. Sie werden auch alle Anstrengungen unternehmen, daß die Arbeiterkam- mer den Arbeitern, Angestellten und Verkehrsbediensteten hilft, den Klas- senkampf erfolgreich zu führen.

Für Arbeiterkammern, als demokrati- sche Klasseninstrumente der Arbeiter und Angestellten.

(Auszüge aus der Wahlplattform der Gewerkschaftlichen Einheit) ●



**GEWERKSCHAFTLICHE  
EINHEIT**  
parteionabhängig



**Arbeiterkammerwahl 29. und 30. September 1974**



# Arbeitskämpfe in Österreich

## Erfolg der Sozialpartnerschaft

Österreich liegt mit einem Durchschnittslohn von 6000 Schilling für Facharbeiter an elfter Stelle unter dreizehn europäischen Staaten, geht aus einer Veröffentlichung des britischen Industrieverbandes hervor, die der ORF brachte. Hinter Österreich liegen nur noch Spanien und Portugal. Hinsichtlich der Gehälter höherer technischer Angestellter liegt, nach derselben Mitteilung, Österreich an vorletzter Stelle vor Portugal. Aus dem Londoner Bericht geht hervor, daß der Durchschnittsverdienst eines Schweizer Facharbeiters 15.000 Schilling beträgt, und daß bei den Gehältern höherer Angestellter Schweden und die BRD an der Spitze liegen.

Es ist sicher nur Zufall, daß Österreich in der Streikstatistik gleichfalls am Tabellenende steht, denn Streiken zählt sich ja nicht aus - wie man aus ÖGB-Kreisen hört. Oder ist jemand anderer Meinung?

## Neues von HUKLA

SCHON WEIT ÜBER HUNDERT BETRIEBSRATSOBDMÄNNER, BETRIEBSRÄTE, JUGENDVERTRAUENSRÄTE UND GEWERKSCHAFTSFUNKTIONÄRE

haben den offenen Brief, der "Aktion gegen die Kriminalisierung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen", an den ÖGB-Bundesvorstand unterschrieben (siehe OL Nr. 5). Mehr als die Hälfte der Unterzeichner sind SPÖ-Mitglieder. In dem Brief wird schärfstens gegen die Haltung, die die Gewerkschaft den HUKLA-Arbeitern gegenüber eingenommen hat, protestiert. Im September werden sich die Unterzeichner zu einer Beratung treffen. Es soll über Forderungen an den ÖGB diskutiert und eine Delegation gewählt werden.

## GIBT ES SCHWARZE LISTEN?

Es scheint so, denn eine ganze Reihe von ehemaligen HUKLA-Arbeiterinnen und Arbeiter haben bei der Arbeitssuche beträchtliche Schwierigkeiten. Entweder wird ein lächerlich geringer Lohn geboten oder überhaupt abgelehnt; auch von Firmen, die in Großinserten Arbeitskräfte suchen. Manche Firmenchefs erklären offen, keine HUKLA-Leute einstellen zu wollen. Im Personalbüro eines großen Metallbetriebes im 10. Bezirk sagte man zwei Frauen, die Arbeit suchten: "Leute die andere von der Arbeit aufhalten, können wir hier nicht brauchen."

Die Verantwortung für diese Zustände tragen nicht zuletzt die Gewerkschaftsspitzenfunktionäre, die nicht nur tatenlos diesem Treiben zusehen, sondern wie im Fall HUKLA den Unternehmen direkte Hilfe leisten.

## KPÖ LÄSST SICH "SOLIDARITÄT" BEZAHLEN

Wochenlang tat die Volksstimme so, als wäre der HUKLA-Streik nur von der KPÖ unterstützt worden und berichtete seitenweise über ihre Hilfe. Jetzt wird bekannt, daß sich die KPÖ eine HUKLA-Flugschrift (KPÖ-Funktionär Jirik zeichnete als Verantwortlicher), bezahlen ließ.

Wie wir erfuhren wurden dafür 6000 Schilling von den Betriebsräten der Firma HUKLA an die KPÖ bezahlt. Wenn das stimmt, dann hat die KPÖ jedes Recht verloren sich als Arbeiterpartei zu bezeichnen, jedes Recht verloren das Wort Solidarität noch einmal in den Mund zu nehmen!

Stimmt es oder nicht? Wir warten auf eine eindeutige Antwort.

## Versicherungen 18,66% durchgesetzt

Am 30. Juni d.J. lief der, bis dahin gültige, Kollektivvertrag (KV) für Versicherungsangestellte im Innen-

dienst ab. Schon Wochen vorher wurden, sowohl in Gewerkschaftsgremien als auch bei den Kollegen in den Versicherungsanstalten, Vorstellungen für den neuen KV diskutiert.

Ausgehend davon, daß das Gehaltschema der Versicherungen - früher einmal zu den Besten zählend - zusehends schlechter wurde (Anfangsbezug für Büroangestellte S 2.840,-, für Kanzleiangestellte S 2.737,-), wurden die Forderungen nach einer einheitlichen Teuerungsabgeltung für alle (lineare Erhöhung von S 800,-) als auch eine weitere Erhöhung um 15 Prozent, bei einer Verkürzung der Laufzeit von bisher 18 auf 12 Monate, erstellt.

**MIT EINEM FINGER KANN MAN DRAUFZEIGEN -**



**MIT FÜNF ZUPACKEN!**

Diese Verhandlungsbasis wurde seitens des Versicherungsverbandes abgelehnt und eine Gehaltserhöhung von 12 Prozent ab 1. Juli und weitere 5 Prozent ab 1. Jänner 1975 angeboten.

Dieses Unternehmerangebot stieß auf entschiedene Ablehnung seitens der Versicherungsangestellten. In Betriebsversammlungen und Betriebsratsitzungen wurde gegen diese Haltung der Unternehmenseite Stellung genommen. Die Haltung der Kollegenschaft veranlaßte die Gewerkschaft

in allen Bundesländern Betriebsrätekonferenzen einzuberufen. Bei diesen Konferenzen und den Betriebsversammlungen wurden eine Reihe von Aktionen und Kampfmaßnahmen vorgeschlagen, um die Unternehmerseite zu zwingen, ernstzunehmende Verhandlungen aufzunehmen.

Gewählte Delegationen von Betriebsräten sprachen namens der Gewerkschaft der Privatangestellten/Sektion Versicherungen bei den leitenden Herren des Versicherungsverbandes vor, um sie über die Kampfschlossenheit (die von "Arbeiten nach Vorschrift" bis zum Streik ging) der Angestellten zu informieren. In weiteren Betriebsversammlungen konnten die Kollegen zu den Vorschlägen der Gewerkschaft bzw. der Betriebsrätekonferenzen der Sektion Versicherung Stellung nehmen.

Zwei Tage später lag ein neues Angebot des Versicherungsverbandes vor, in dem eine Erhöhung um 13 Prozent und eine generelle Umstufung vorgesehen war. Dieses Angebot wurde in den weiteren Verhandlungen so ausgebaut, daß letztenendes das Gehaltsschema direkt um 14,2 Prozent angehoben und durch die jeweiligen Umstufungen eine durchschnittliche Erhöhung um 18,66 Prozent erreicht wurde. Außerdem wurde die Laufzeit des KV verkürzt und mit 14 Monaten fixiert.

Dieser Erfolg der Versicherungsangestellten war nur darum erreichbar, weil die Kollegen ihren Unmut über die Verschlechterung der Einkommensverhältnisse nicht einfach im zwecklosen Raunzen und Schimpfen zum Ausdruck brachten, sondern sich in Betriebsversammlungen organisierten und dabei auf Ihre Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter – zur Durchsetzung konkreter Forderungen – den nötigen Druck erzeugten. Wieder einmal zeigte sich dabei:

Größere Erfolge sind erreichbar, wenn sich die Kollegenschaft selbst engagiert und die Entscheidungen nicht nur irgendwelchen (für die Kollegen oftmals anonymen) Verhandlungsgremien überläßt.

Nach dem Abschluß des Kollektivvertrages für den Innendienst stehen nun die Verhandlungen für die Angestellten des Außendienstes und für die

jugendlichen Angestellten noch aus. Bei einer Versammlung in der "Ersten Allgemeinen"/Wien, sicherte der Leitende Sekretär der Sektion Versicherung seitens der Gewerkschaft diesen Gruppen die volle Unterstützung zu.

## Verschlechterung der Pensionsansprüche für die Hainburger Tabakarbeiter

Seit dem Jahre 1910 hatten die Arbeiter der Hainburger Tabakfabrik (Austria-Tabak Werke AG) ein eigenes Pensionsstatut, daß für sie günstiger war als das heutige Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG); woraus zu erkennen ist, wie mager die "großen sozialen Errungenschaften" der SPÖ sind. Was damals schon erkämpft wurde ist heute noch immer nicht für alle erreicht.

Aber es kommt noch ärger. Die Direktion hat schon mehrmals versucht dieses Pensionsstatut zu Fall zu bringen, das heißt die Begünstigungen abzuschaffen und in Zukunft die Pensionen nach dem ASVG zu bezahlen. In zwei Urabstimmungen wurde dieses Ansinnen von der Belegschaft abgelehnt. Diesmal ließ es die Betriebsratsmehrheit der SPÖ gar nicht mehr auf eine Abstimmung ankommen – der BRO Wenth unterzeichnete ein

Abkommen mit der Sozialversicherung. Schon früher wurden soziale Errungenschaften der Tabakarbeiter abgebaut, so wurde der Betriebskindergarten geschlossen.

Verständlicherweise ist der Unmut der Tabakarbeiter über die Zusammenarbeit ihres Betriebsrates mit der Direktion sehr groß und es ist zu hoffen, daß sie sich in Zukunft Arbeitervertreter und nicht Unternehmervertrauensleute in den Betriebsrat wählen.

## Teuerungszulage in Innsbruck

Wochenlang haben die Gemeindebediensteten der Stadt Innsbruck um eine Teuerungszulage gekämpft. Gemeindebedienstete beziehen einen bescheidenen Gehalt, für sie ist die Teuerung der letzten Monate unerträglich, besonders in Innsbruck wo das Preisniveau merklich über dem österreichischen Durchschnitt liegt. Die Stadtväter stellten sich vorerst taub. Erst stürmische Betriebsversammlungen und Streikdrohungen öffneten ihre Ohren und die Stadtkassa.

Im August wurde eine einmalige Teuerungszulage von S 2.000,- plus S 200,- für jedes Kind, ausbezahlt. "Sich regen, bringt Segen". Wie wahr. ●

## Galerie Austerlitz

1090 Wien 9, Währinger Straße 57 — Telefon 42 50 654

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 14–19 Uhr, Samstag 10–13 Uhr

Programm:

25.9. – 31.10.1974

Prof. Kurt AMMAN  
Aquarelle, Grafiken

November/Dezember:

Erotik in der Kunst  
Kollektivausstellung

"IMPULSE" Zeitschrift für Literatur und Kunst  
in der Galerie erhältlich.

# A do schau her...

Die Sekretärin, duftend, schick und überhaupt, bat den Sepp A., "doch ein wenig Platz zu nehmen", der Herr Personalchef habe noch einige wichtige Telephonate zu erledigen, bevor er sich mit ihm befassen könnte. Sepp nahm auf einem der an der Wand stehenden Sessel Platz und beobachtete die flinke Sekretärin, wie sie an zwei verschiedenen Apparaten Gespräche vermittelte, gleichzeitig Notizen machte, an der Haustelefonanlage Namen aufrief, Akten ordnete, und das alles mit einer Eleganz vollführte, daß es gar nicht nach Arbeit aussah. Eher nach einem gekonnten Auftritt vor einer versteckten Kamera. Unwillkürlich ließ er den Blick in die oberen Ecken schweifen, aber da war nichts. Er überlegte sich, ob er eine Zigarette anzünden sollte, sah sich um, fand aber keinen Aschenbecher in der Nähe. Eine riesige Marmorschale auf dem Schreibtisch der Sekretärin wirkte eher wie ein Gegenstand, der zur Sammlung und Besinnung einlud. Er fingerte an seiner Lohnsteuerkarte, drehte sie hin und her, starrte auf den Fußboden, der auf Hochglanz poliert war. Er dachte an seine Frau, die zur gleichen Zeit bei einer anderen Firma ihr Glück versuchte. Seit Tagen zogen sie sich gegenseitig damit auf, wer schneller einen Posten finden würde.

Ein dezenter Summerton ertönte, und die Sekretärin blickte ihn ermunternd an. Der Herr Personalchef läßt bitten.

Hinter einem Schreibtisch, auf dem Tischtennis hätte gespielt werden können, blickte ihn ein dünnes, in blauem Seidenanzug gekleidetes Männchen hinter randlosen Brillen an und bot ihm mit einer Handbewegung auf dem vor seinem Schreibtisch aufgestellten Sessel Platz an. Dieser war schon bequemer als der im Vorraum, aber im Vergleich mit dem zum Schreibtischstuhl umfunktionierten Clubfauteuille des Personalchefs nahm er sich wie ein Notbehelf aus.

Der Personalchef räusperte sich kurz, bevor er ansetzte: "Sie sind der Herr ...".

Sepp nannte seinen Familiennamen.

"Also lieber Herr A., Sie interessie-

ren sich für einen Posten in unserem Betrieb. Sehr erfreulich. Wir sind nämlich ständig an guten und einsatzbereiten Arbeitskräften, - aber was sag' ich, Arbeitspartner ist richtiger - interessiert. Unser Betrieb floriert, wissen Sie, und das nicht zuletzt dank unserer aufopfernden Belegschaft. Dafür sind wir auch bereit, auf die Wünsche unserer Leute einzugehen, da sind wir gar nicht kleinlich, wissen Sie. Alles auf Gegenseitigkeit, hier gibt es keine 'diedaoben', die nur anschaffen, und 'diedaunten', die nur ausführen. Jeder stellt seinen Mann; wir sind fast wie eine große Familie. Denn auf das Klima kommt es an, sag ich immer, und das Klima bei uns ist sehr gut, wissen Sie. Trotz dem Betriebsrat, der aber ein Kapitel für sich ist. Was sind Sie denn von Beruf, was können Sie so?"

Sepp schluckte, bevor er antwortete. "I hab Elektromechaniker g'lernt oba net fertiggmacht, aus privaten Gründen ... ehm ... oba I kenn' mi überall a bißl aus. Es is scho a Zeit her, daß I in der Branche g'orbeit' hob, oba als an'glernter Fach-orbeita..."

"Und was haben Sie zuletzt gemacht?"

"Möbelfertigungsindustrie, Anglernta Fachorbeita... Man muß heutzutage vielseitig sein..."

"Ja, ja, ganz recht. Sie werden sich umstellen müssen. In der ersten Zeit wird es nicht einfach sein. Auch die Bezahlung... ich meine, wir müssen erst sehen wie Sie weiterkommen, ob Sie es schaffen. Wir bezahlen auch die einfachsten Arbeiter, wenn sie nur was leisten. Wir gehen da nach rein rationalen Gesichtspunkten vor, wissen Sie. Leistung nach Lohn, Lohn nach Leistung, sage ich immer.



"Sehen Sie, er weiß was er seinem Brotgeber schuldig ist."

Wir werden also sehen. Man wird Sie beraten, Ihnen zur Seite stehen, bis Sie flügge geworden sind." Er lachte hölzern über seine spaßige Ausdrucksweise. "Tja, die Lohnsteuerkarte haben Sie ja mit, die geben Sie bei der Sekretärin ab. Sie wollen sich wohl verändern, nehme ich an?"

"Sozusagen" sagte Sepp etwas bekommen. "I hob zwar ganz gut verdient in der Möbelbranche..."

"Verstehe schon, wenn man jung ist, will man Abwechslung. Nach Zeugnissen frage ich nicht, bewähren müssen Sie sich ja bei uns. Sie haben selber gekündigt, oder?"

"Net ganz, also..."

"Naja, Meinungsverschiedenheiten gibt es ja über all, das ist ganz klar. Es ist heutzutage" der Personalchef klopfte auf Holz, "glücklicherweise nicht so, daß man um jeden Posten raufen muß, man liegt auch nicht gleich auf der Straße, wenn es nicht gleich klappt, unsere Wirtschaft expandiert, es wird jeder gebraucht." Er lehnte sich vor und fragte nebenher "Und wo sind Sie zuletzt beschäftigt gewesen?"

"Bei Hukla..." Sepp errötete dabei.

Der Personalchef setzte sich abrupt auf und starrte ihn mit weit aufgerissenen Augen an. "Und das sagen Sie erst jetzt?!"

"Sie ham ja net gleich g'fragt..."

"Bei Hukla!! Also so einer sind Sie! Nein, mein lieber Herr, da muß ich passen. Alles was recht ist. Und noch dazu bei unserem Betriebsrat, der da völlig regelwidrig sich politisch eingemischt hat. Hukla! Nein, da tut's mir leid. Nein, nein, ich danke..." Er läutet nach seiner Sekretärin. "Der Herr da ist entlassen! Und erkundigen Sie sich das nächste Mal, woher die Leute kommen, wenn ich bitten darf!"



# Kinderkollektiv sucht Kinder

Um unseren Lesern die Möglichkeit zu geben sich über vorhandene Kinderkollektive zu informieren veröffentlichen wir nachstehende Zeilen:

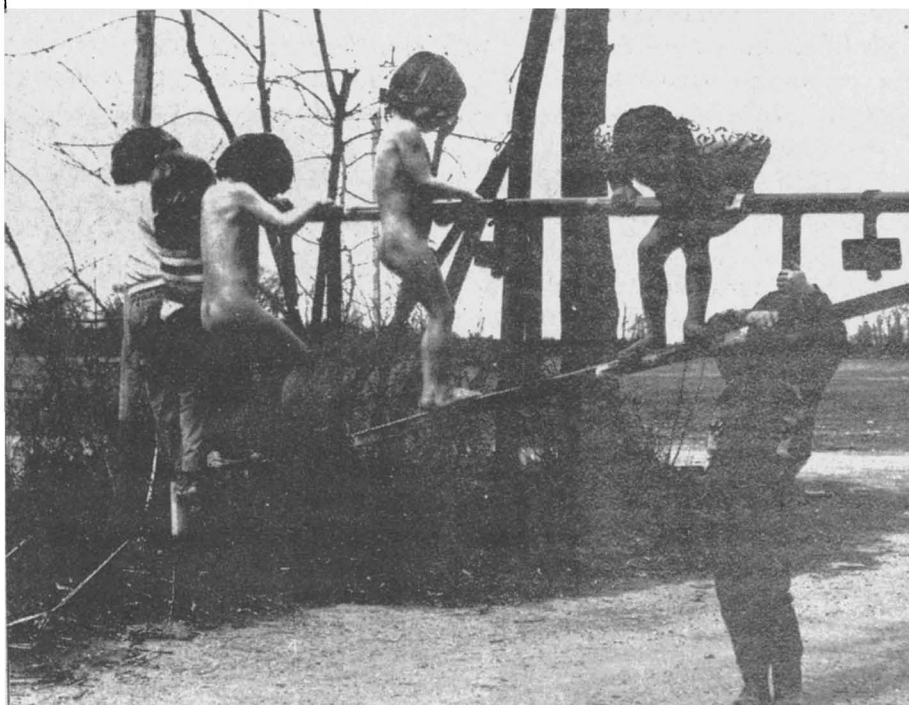
## 5 bis 6jährige in der Vorschulgruppe

Vormittags arbeitet eine junge Lehrerin mit den Kindern, um ihr Grup-

penzusammengehörigkeitsgefühl zu stärken, mit ihnen Planung und Durchführung von Aufgaben zu üben, ihnen Informationen zu geben, die sie in der Schule nicht erhalten werden. Vorbereitung für die Schule - das heißt für uns vor allem: die Kinder befähigen, einander in der Schule dann (in die sie gemeinsam eintreten sollen) zu helfen, wenn sie unterdrückt werden. Nachmittags spielen sie dann zusammen mit den kleineren Kindern.

## 3 bis 4jährige in der Kleinkindergruppe

Die Gruppe besteht seit drei Jahren und wir haben in dieser Zeit versucht, den Kindern möglichst viel Freiheit für Eigeninitiativen zu geben. Tatsächlich haben sich unsere Kinder bisher gut entwickelt: sie sind kontaktfreudig, wenig gehemmt, nicht mehr so stark von ihren Eltern abhängig und nehmen nicht alles für bare Münze, was die Erwachsenen ihnen so erzählen. Die Gruppen sind klein: 16 Kinder mit 2 Erziehern. Da von den Eltern ein Bus angeschafft wurde, können die Kinder das ganze Jahr ins Freie gebracht werden. Ein von den Eltern organisierter Fahrdienst erübrigt das tägliche Hinbringen und Abholen.



Der Mindestkostenbeitrag beträgt S 780,- je nach Einkommen höher. In diesem Beitrag sind die Verpflegung und die Kosten für den VW-Bus (Abhol- und Zubringerdienst) beinhaltet.

Wer interessiert ist, wendet sich an die Kontakttelefonnummern:

75 20 944 oder 57 45 76

# ORF-Kosmetik

1966 wurde der Rundfunk reformiert, weil er zuwenig "unabhängig" war. 1974 verkündet die SPÖ in einer Werbeschrift, jetzt werde der ORF "wirklich unabhängig". In Österreichs Medienlandschaft ist dieses Wort mit Vorsicht zu genießen. "Die Presse", Großbürgerblatt im Besitz des ÖVP-Wirtschaftsbundes, nennt sich "Unabhängige Zeitung für Österreich", der "unabhängige" Kurier gehört einer Industriellengruppe, die vor kurzem auch das "unabhän-

gige Magazin Österreichs", profil, erstanden hat.

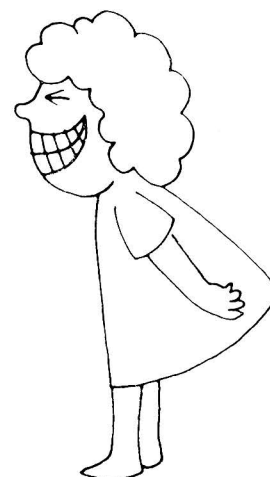
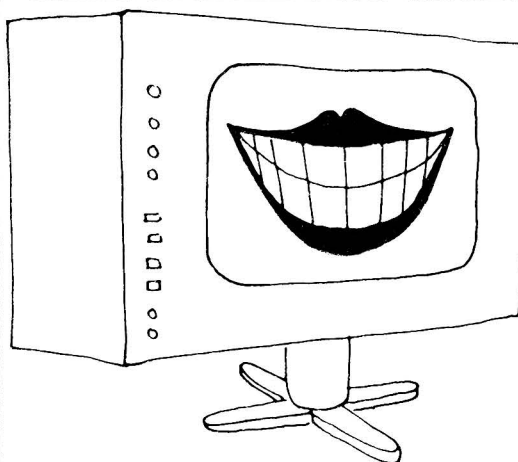
Das Rundfunkvolksbegehren 1966 wurde von den "unabhängigen" Zeitungen Österreichs, die politisch alle auf der Rechten beheimatet sind, gestartet; vordergründig, um den Rundfunk vom Einfluß der Parteien zu befreien (damals ging gerade die Große Koalition zu Ende); in Wirklichkeit aber vor allem deshalb, um den Konkurr-

renzkampf um die Werbemittel der Industrie für sich zu entscheiden (die tägliche Werbezeit im Fernsehen wurde damals auf 20 Minuten beschränkt).

ÖVP und FPÖ stimmten damals dem ORF-Gesetz, das in einigen Punkten (z.B. Kompetenz des Generalintendanten) vom Volksbegehrentext abwich, zu, und das mit gutem Grund. Im neuen ORF begannen sich einzunisten: der national-

konservative Gerd Bacher als Generalintendant, der ÖAAB-Mann Hartner als Hörfunkchef, Pressechef Weis vom CV, ein kommerzieller Direktor (Lenhardt) vom CV, ein Pressechef, der Sekretär von ÖVP-Keren war (Bergmann), ein Generalsekretär vom CV (Twaroch), dessen Vorgänger Steinbauer jetzt stellvertretender ÖVP-Generalsekretär ist; ein Hauptabteilungsleiter "Politik und Zeitgeschehen", der gleich darauf ÖVP-Regierungsmitglied wurde (Pisa). Und selbstverständlich D a l m a der als Musterbeispiel für faschistischen Internationalismus gelten kann: Nachdem er Presseemann des kroatischen Faschistenführers Pavelic war, ging er nach Kriegsende ins faschistische Spanien und von dort als Strauß-Intimus zur GSU.

Diese wahrhaft "unabhängige" Personalstruktur setzt sich auch bis ganz nach unten in die einzelnen Abteilungen durch, vom Abteilungsleiter zum Nachrichtenredakteur. Journalisten werden aufgenommen, weil sie in der ÖVP sind, wenn sie gehen, dann zur Bundeswirtschaftskammer. Die wenigen Alibisozialdemokraten sind entweder ganz Rechte, die aus Karrieregründen der SP beigetreten waren (Zilk), oder sie wurden gefeuert (Brantl, Skala), oder sie sind Techniker und haben als solche keinerlei Einfluß aufs Programm. Daß sich diese Personalstruktur auch im Inhalt der Sendungen des ORF widerspiegelt, wurde schon oft dokumentiert. Einige Beispiele von vielen zur Erinnerung: 1967 wird der Athener Korrespondent Gstrein wegen kritischer Berichterstattung über die Militärjunta gefeuert, zwei Jahre später eine Dokumentation des Linkskatholiken Dr. Bolius über das österreichische Schulsystem abgesetzt; Bacher verbietet in einem hausinternen Rundschreiben jede Berichterstattung über



das Volksbegehren gegen das Bundesheer. Ein Journalist, der an ÖVP-Kohlmaier kritische Fragen richtet, wird versetzt, ein anderer, der bei der Berichterstattung über Studentenunruhen den Studenten gleich viel Zeit einräumt wie den Professoren, gefeuert. Die Wirtschaftsredakteure berichten stets aus der Sicht der Unternehmer, die Auslandskorrespondenten aus der Sicht der NATO und des CIA. Themen aus der Arbeitswelt kommen im ORF nicht vor (am diesjährigen 1. Mai wurde als einzige die Arbeiter betreffende Sendung "Arbeit im Gebet" (!!)) ausgestrahlt); das Schulfernsehen bietet viel mehr Religion als z.B. Medienkunde oder Sexualerziehung. Vom deutschen Fernsehen (und zwar von der rechten der beiden BRD-Fernsehanstalten, dem ZDF) ist der ORF nahezu abhängig und übernimmt jeden Ramsch, bloß die dort auch vorkommenden fortschrittlichen Sendungen nicht, und wenn er das einmal tut, dann zu den unmöglichsten Sendeterminen. Der Familienchef im Hörfunk ist militanter Katholik, was vor allem in der Frage des § 144 pikant war. Die anfänglich kritischen Sendungen der Jugendredaktion wurden zeitlich immer mehr beschnitten, und als das nicht ausreichte, die Redakteure einer nach dem anderen gegangen. Ö 3 verbot eine Sendung über Bob Dylan, weil er "für die Kommunisten singt". Auf demselben Sender durfte Topsy Küppers nicht mit

antifaschistischen Liedern auftreten, usw. usw.

Dazu kommt noch eine penetrant gewerkschaftsfeindliche Haltung der Geschäftsführung. Den Zentralbetriebsrat hat Bacher zwar mit getreuen Vasallen besetzen können (und den BR-Obmann Hirner für seine guten Dienste zum Landesintendanten Oberösterreich gemacht), beim technischen Betriebsrat war das aber nicht der Fall, daher wird dieser von der Geschäftsführung ständig brüskiert (Verbot der Zeitung des Betriebsrates, Nichtbeachtung des Betriebsrätegesetzes usw.). Aus dem letzteren Grund fand bekanntlich im Jänner ein viertelstündiger Warnstreik statt. Allerdings hat der Betriebsrat hier und in anderen Fällen die Erfahrung machen müssen, daß sich die ÖGB-Führung sehr rasch auf dem Rücken der Betriebsräte mit Bacher einigt.

Daß das alles einer SPÖ zu viel werden mußte, die Regierungspartei geworden war, kann man sich leicht vorstellen. So kam also die ORF-Reform wieder auf die Tagesordnung, und viele hofften, sie würde die ganze jetzige ORF-Clique vertreiben und für eine größere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und Angestellten und für ein fortschrittlicheres Programm sorgen. Doch dem war nicht so. Zum ersten vertei-

digten FPÖ, ÖVP und ihre Vasallen in den Zeitungen das, was sie die "Unabhängigkeit des Rundfunks" nannten (ihren Einfluß also), mit Klauen und Zähnen, so daß die SPÖ von ihren ursprünglichen Vorstellungen zum Teil abging, zum anderen aber hatte die SPÖ, so wie es ihrer ganzen Politik entspricht, eine größere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und Angestellten gar nicht vorgesehen. Ihr ging es vor allem darum, den ORF an die Kandare der Sozialpartnerschaft zu nehmen (der er ja, als er die Gebührenerhöhung nicht vor die Paritätische Kommission brachte, ausgewichen war) und eine Mehrheit in den Leitungsgremien zu erhalten. Die Änderungen der Struktur des ORF betreffen nur die Spitze; der Hörer- und Seherbeirat wird vom Bundeskanzler selbst bestimmt und dürfte daher reine Augenauswischerei bleiben.

Was wird sich also im reformierten Rundfunk ändern? An der Spitze wird es ein kleineres Sesselrücken geben; die in jahrelanger Personalpolitik geschaffene Struktur von Mittel- und Unter-Bachern wird aber nicht angetastet. Dadurch wird es auch mit einer Änderung der Tendenz der Sendungen nichts werden, außer daß die SPÖ vielleicht ein wenig besser davonkommen wird. Die Interessen der arbeitenden Bevölkerung werden weiterhin nicht berücksichtigt werden, Streiks werden (wie bei Hukla) weiterhin mit Unternehmeraugen gesehen, etc. Die Arbeiter und Angestellten werden sich auf ihre eigenen Kommunikationsmittel stützen müssen: Flugblätter, Betriebszeitungen, die linke Presse. Und schließlich: Eine Abordnung aus einem Betrieb, die einen anderen, streikenden, besucht und darüber berichtet, ist mehr wert als die gelehrteste Diskussion über Mitbestimmung in einem noch so "unabhängigen" ORF.

Von einem Mitarbeiter des ORF ●

## Symposium '74 am Judenplatz



Eines muß eingangs gesagt werden: was hier geschah war nicht l'art pour l'art (Kunst um der Kunst willen), sondern l'art pour l'argent (Kunst für bares Geld). Profitiert haben davon in erster Linie die Firmen, die dieses Symposium gesponsert haben. Profitiert haben zweitens (im weitaus geringeren Ausmaß, versteht sich) die Künstler, die diese billige Werbung getragen haben.

Andererseits ist der - zweifellos etwas naive - Selbstanspruch der Künstler durchaus fortschrittlich: Es geht ihnen um die **B e l e b u n g** **d e r K o m m u n i k a t i o n s r ä u m e** der Innenstadt, die heute weitgehend zu Parkplätzen degradiert sind und um die **W i e d e r b e l e b u n g** **d e r v e r s c h ü t t e t e n K r e a t i v i t ä t** speziell der Arbeiter und Angestellten. Dazu war der Judenplatz sicherlich gut gewählt, weil es sich hier um eine Wohngegend handelt, die in letzter Zeit stark von der Abbruchspekulation bedroht war (vgl. "offensiv links" Nr. 5). Der Selbstanspruch konnte teilweise eingelöst werden: Es ist vor allem gelungen,

Arbeiter- und Angestelltenkinder im Volksschulalter zu eigenständigem Arbeiten anzuregen. Bei den Erwachsenen war dies natürlich weitaus schwieriger, weil sie die hohe Entfremdung am Arbeitsplatz nicht einfach in der sogenannten Freizeit ablegen können. Der fortschrittliche Charakter einiger beteiligter Künstler zeigt sich auch daran, daß eine Auktion zu Gunsten des chilenischen Widerstandes im Gespräch ist.

Veranstalter des Ganzen war die eher dubiose "Arena 2000", ein Verein, dessen Vorstand größtenteils aus Vertretern der politischen Parteien besteht, die sich bei der Kunstförderung ihr politisches Süppchen kochen wollen. Diese Arena ist eine ständische Organisation von Künstlern, die sich ihre Privilegien auf jede mögliche Art erhalten wollen. Bezeichnend ist, daß sie nicht auf die kommunale Förderung drängten, sondern mit der privaten Förderung sehr zufrieden war. So lesen wir im offiziellen Katalog: "Das Symposium 74' wird, trotzdem es von keinen öffentlichen Stellen subventioniert wurde, finanziellen Gewinn abwerfen."

K.F./R.P.



# Muß Kolarič heimfahren?

Gastarbeiter in Österreich — Ihr Problem ist unser Problem

Der HUKLA-Streik hat drastisch gezeigt, welchen Problemen Gastarbeiter in Österreich gegenüberstehen. Sollten sie streiken oder sollten sie arbeiten? Sie durften eigentlich keines von beidem. So konnten sie vom Direktor leicht als Streikbrecher benutzt werden, verunsichert und uninformiert wie sie waren. Das zeigt aber auch die echten Probleme, wie die österreichischen Arbeiter sich ihren ausländischen Kollegen gegenüber verhalten sollten. Und darum hat sich bisher eigentlich keiner gekümmert. Jetzt kommen aber AK-Wahlen, und Gastarbeiter sind zum ersten Mal zumindest passiv wahlberechtigt. Damit fällt es VP- und SP-Fraktionen leicht: Sie entdecken plötzlich ihr Herz für die Gastarbeiter. — Es ist beschämend, aber leider wahr: Bisher haben die Unternehmer mehr für die Gastarbeiter getan als der ÖGB — auf ihre Weise, versteht sich!

## EINIGE ZAHLEN

Ende Juni 1974 waren 220.734 Gastarbeiter in Österreich beschäftigt, 9.331 weniger als ein Jahr zuvor. Davon lebten 87.791 in Wien. 168.175 kamen aus Jugoslawien, 29.979 aus der Türkei. Beschäftigt waren sie vor allem in den Branchen Metall, Bau und Textil. Der prozentuelle Anteil an den Arbeitskräften in Österreich betrug 8,2 %. Im letzten Quartal 1973 waren es noch 9,4 %. Die Zahlen, welche die verschiedenen Körperschaften angeben, weichen etwas voneinander ab.

## GASTARBEITERPOLITIK

Es ist wohl überflüssig, auf die Lebensumstände dieser unserer "Gäste" einzugehen. Sie sind sattem bekannt. Ihre Elendwohnungen, die doppelte und dreifache Ausbeutung, der sie unterworfen sind, ihre Ghettosituation ... Es soll nur kurz die Politik erläutert werden, welche die verschiedenen Interessensgruppen ihnen gegenüber einschlagen.

Im Frühsommer dieses Jahres sandte das Sozialministerium ein Ausländerbeschäftigungsgesetz zur Begutachtung an die Interessensvertretungen aus. Es soll eine Verordnung aus dem Jahre 1933 ablösen, die bisher die einzige rechtliche Regelung war. Die Essenz dieses Gesetzes besteht in der Legalisierung der bisher geübten Praktiken mit einer gewissen Erschwerung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. Bisher hatten die "Sozialpartner" für die einzelnen Branchen Kontingentvereinbarungen getroffen. Es gibt davon an die 36. Daneben konnten einzelne Betriebe Beschäftigungsanträge stellen, welche in einer ziemlich komplizierten Bedarfsprüfung erledigt wurden. Außerdem kamen Tausende als "Touristen" nach Österreich, die hier dann einen Arbeitsplatz suchten. Besonders diese Gruppe war von allen Härten am stärksten betroffen. Der Gesetzesentwurf sieht nun vor, die Kontingentvereinbarungen rechtskräftig zu machen; die Einzelgenehmigungen fallen grundsätzlich, es können aber Ausnahmen gemacht werden, die auch mit Auflagen versehen sein können. Die Touristen hingegen müssen dies in Hinkunft auch bleiben. Wer unerlaubt Ausländer einstellt, muß mit einer

Geldstrafe zwischen 5.000 und 30.000 Schilling rechnen. Würde dieses Gesetz derzeit Wirklichkeit, so müßten rund 43.000 Ausländer ihre Koffer packen.

Der Gesetzesentwurf entspricht im großen und ganzen der Politik der Gewerkschaften und der Arbeitsmarktverwaltung, die bestrebt ist, die Ausländeranzahl unter 250.000 zu halten. Dementsprechend war die Stellungnahme des ÖGB und der Arbeiterkammern fast uneingeschränkt positiv. Die Tiroler Arbeiterkammer allerdings hatte noch einen kleinen Verbesserungsvorschlag auf Lager: Bei einer schwarzen Einstellung sollten nicht nur Geldstrafen verhängt, sondern auch die Arbeitsverträge als nichtig erklärt werden. Im Klartext: Die eingestellten Arbeitskräfte sollen weggejagt werden. Und die "Arbeiter-Zeitung" konnte sich in dieser Zeit nicht genug tun mit Hinweisen darauf, was die Gastarbeiter Österreich kosten. Das ging von der detaillierten Aufzählung der zusätzlich erforderlichen Schulklassen bis zu offen chauvinistisch-rassistischen Schlagwörtern ("Immer mehr Gastarbeiterkinder"), die man sonst gewöhnlich von anderer Seite hört.

Die Unternehmer und auch (mit Ausnahmen) die ÖVP entdeckten plötzlich ihre Liebe zu den "Tschuschen". "Die Gastarbeiter verbürgen Wohlstand", verkündet die Industriellenvereinigung und wird tags darauf vom VP-"Volksblatt" wörtlich wiederholt. Und die Bundeskammer ist enttäuscht: Eine "liberale und unbürokratische Regelung" würde sie sich wünschen, dagegen bekäme sie einen "außerordentlich restriktiven Entwurf", der auf den "echten Bedarf" in

keiner Weise Rücksicht nimmt. Und die Industriellenvereinigung weist noch schnell darauf hin, was sie schon alles für die Ausländer getan hat. Sogar eine eigene Zeitung für jugoslawische Arbeiter, "Naš List" gibt sie heraus, eine andere für türkische mit dem Titel "Anadolu". Diese letztere mit einer Auflage von 15.000 Stück gibt offiziell ein "Fonds zur Beratung und Betreuung von Zuwanderern nach Wien" heraus, in dem neben der Industriellenvereinigung auch die Arbeiterkammer, die Wirtschaftskammer und die Gemeinde Wien vertreten sind. Klar, daß ihr die "Gastarbeiterbremse" (AZ!) ein Dorn im Auge ist.

#### WARUM SIND DIE KAPITALISTEN "FREUNDE" DER GASTARBEITER?

Im Boom des Wiederaufbaues wurden schon bald alle einheimischen Arbeitskräfte beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit verschwand zwar nicht ganz, blieb aber in Österreich sogar in den konjunkturellen Krisen gering, immer so knapp

über 3 %. Damit war die traditionelle industrielle Reservearmee verschwunden, und mit ihr der stärkste Lohndrücker. Auch die Ansprüche anderer Art stiegen: Die Arbeiter brauchten sich plötzlich nicht mehr mit jedem Drecksloch als Arbeitsplatz oder sonstigen menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen zufriedenzugeben. Es war also Zeit, sich um neue Arbeitskraftreserven umzusehen. Und nach dem Vorbild anderer kapitalistischer Länder (Frankreich, Schweiz, Bundesrepublik, USA) fand man sie auch in weniger entwickelten Ländern mit chronischer Arbeitslosigkeit, seien es afrikanische Länder (in Frankreich beliebt) oder Südeuropa. Diese Arbeiter hatten noch dazu den Vorteil, daß sie allgemein wenig anspruchsvoll sind. Man schlug also zwei Fliegen auf einen Schlag: eine neue industrielle Reservearmee, geradezu unerschöpflich, war gefunden, und die übernahm noch dazu ohne Murren alles, was man Arbeiter im eigenen Land nicht mehr schlucken lassen konnte. Der Imperialismus exportierte nicht mehr nur sein (konstantes) Kapital, er importierte jetzt auch

die nötige Arbeitskraft (für sein Kapital im eigenen Land). Insbesondere in Frankreich machte das Kapital damit "beste" Erfahrungen, vor allem auch, weil es damit eine Reihe weiterer Vorteile gewann. Es versuchte die Arbeiterschaft im eigenen Land zu spalten und gegeneinander aufzuhetzen. Und das gelingt ihm meist vorzüglich. Weiters kann man damit das Bewußtsein der heimischen Arbeiter vernebeln. Sie sind jetzt nicht mehr die Letzten, haben noch eine Schicht unter sich, säuberlich erkennbar sogar durch die Hautfarbe.

Das Verhalten der Gewerkschaften ist durchaus nicht einfach von vornherein Verrat. Wenn die Unternehmer mit Gastarbeitern ihre Arbeitsbedingungen verschlechtern wollen, haben sie durchaus ein Recht, sich zu wehren. Die Frage ist nur wie! Kontingentierungen und Abwehr gegen das "Eindringen" von Ausländern als Hauptwaffe ist sicher kein taugliches Mittel. Es ginge vor allem darum, von internationaler Solidarität nicht nur zu sprechen, sondern sie auch zu praktizieren. Und das würde vor allem einmal ein tatkräftiges Vertreten der Interessen ausländischer Kollegen bedeuten. Das würde bedeuten zu erkennen, daß Gastarbeiter keine Untermenschen sind, sondern der eigenen Klasse angehören. Je besser der ausländische Kollege vom inländischen aufgenommen wird,

desto weniger wird er sich gegen ihn mißbrauchen lassen. Einem Gewerkschaftsbürokraten freilich, dessen einzige Sorge es ist, daß entlassene Gastarbeiter nicht in der Arbeitslosenstatistik aufscheinen, wird es kaum in den Sinn kommen, daß er damit auch die eigenen Interessen preisgibt; siehe Benya. Ausländische Arbeiter und inländische gehören zur selben Klasse und haben dieselben Grundinteressen. Und daher sind ihre Probleme auch unsere eigenen.

A.F.R.



## Griechenland, Zypern, Türkei

### POLITISCHE HINTERGRÜNDE DES ZYPERNKONFLIKTS

Der Hauptverantwortliche für Nixons außenpolitische Verbrechen, Henry Kissinger ist weiter in Amt und Würden und wird es voraussichtlich auch bleiben. Die demokratische Weste der USA ist wieder sauber – wenn man es den bis zuletzt treuen Nixon-Freunden hierzulande glauben will. Aber mit Nixon ist nicht die Politik des amerikanischen Kapitals und seiner Interessen gegangen. Und Kissinger ist ein so "genialer" Krisenpolitiker wie es die Umstände, vor allem die konjunkturelle Lage des US-Imperialismus erlauben. Der Konflikt um Zypern ist dafür dramatischer Anschauungsunterricht.

Nicht auf die Ereignisse soll hier näher eingegangen werden, sondern auf die Hintergründe. Nicht die "Erbfeindschaft" zwischen Türken und Griechen soll uns interessieren, sondern die Frage, zu welchem Zweck und von wem sie mißbraucht wird. Ein amerikanischer Unterhändler namens Sisco, der mit hochrotem Kopf aus einer Unterredung mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ecevit hinausgestürzt kommt, nachdem er vergeblich versucht hat, die türkische militärische Intervention auf Zypern zu verhindern, ist gewiß illustrativ. Politisch phänomenal und absolut entlarvend ist es aber erst, wenn Henry Kissinger mit den Fingern schnalzt, und die treuesten Verbündeten der USA im europäischen Mittelmeerraum, die griechischen Obristen, in die Versenkung verschwinden (Kissinger kündigte am 22. Juli 1974 in Washington "Veränderungen in Griechenland" an, die sich dann tags darauf auch mit der "Abdankung" der Junta und der Rückkehr Karamanlis' aus dem Pariser Exil tatsächlich "ereigneten".) Geräuschloser wurde kaum je in der Geschichte der Militärdiktaturen ein Regime der starken Männer abserviert. Die schon zur Phrase

gewordene Wendung: "...regime könnte sich nicht einmal 24 Stunden ohne die Hilfe der Amerikaner halten" – sie wurde in Athen fast simpel zur historischen Tatsache erhärtet.

Immer derselben Logik folgend lassen sich die Ereignisse um Zypern folgendermaßen zusammenfassen: Makarios wurde am 15. Juli 1974 von den 600 griechischen Beratern der zyprisch-griechischen Nationalgarde gestürzt; – der Psychopat und berufsmäßige Killer Sampson an seine Stelle gesetzt und wenige Tage später wieder abgezogen; – ist die griechische Junta "zurückgetreten"; – hat die türkische Interventionsarmee auf Zypern ungeachtet aller Vermittlungsversuche der UNO, der NATO und der USA ihren Vormarsch weiter fortgesetzt – alles dies weil es in diesem Raum um die Absicherung und den Ausbau von US-Stützpunkten geht. Das heißt mit anderen Worten, es geht um die militärische Präsenz der USA in diesem strategisch wichtigen Teil der Welt. Wenn man auf einer Landkarte den gebannten Blick von Zypern abhebt und etwas weiterschweifen läßt, taucht der Nahe Osten, "Unruheherd Nr. 1" in unmittelbarer Nähe auf. Von dem "Feldherrnhügel" Zypern aus läßt sich der gesamte Kriegsschauplatz in Nahost bestens überblicken und kontrollieren. Sowjetische Kriegsschiffe, die Richtung Syrien dampfen, müssen da vorbei.

Nun sollten wir dabei nicht den üblichen Vereinfachungen eines linken Schemas aufsitzen. Die realen Bewegungen und Schritte die von den USA zur Wahrung seiner politischen und militärischen "Interessen" unternommen werden, sind einer Reihe von Faktoren unterworfen, über die die USA nicht einfach hinwegschreiten können. Sie wirken auf ihre Politik modifizierend ein, komplizieren sie zuweilen bis zu einem Ausmaß, wie es dieser Tage im östlichen Mittelmeer der Fall ist.

Makarios war den USA seit jeher wegen seiner neutralistischen und mit Moskau liebäugelnden Politik ein Dorn im Auge. Nach der "Stabilisierung" der politischen Situation in Griechenland wurde Zypern zum Zen-

trum der hellenistischen demokratischen Opposition. Andererseits ist Griechenland neben der Türkei und England eine der Garantiemächte für die Genfer Abkommen über Zypern. Auf Zypern gab es stets eine starke griechische Gruppe, die die Losung "Enosis" den Anschluß Zyperns an Griechenland, auf ihre Fahnen und Gewehre schrieb. Diese rein nationalistisch ausgerichtete Gruppe wurde zur natürlichen "5. Kolonne" der Junta. Ihre Anschläge auf das Leben Makarios' unter General Grivas rissen auch nach dessen Tod nicht ab. Die Bewegung wurde von den Athener Obristen zunehmend kontrolliert und "beraten". Sie hatten ihre Vorgesetzten unter dem von Athen entsandten Korps 600 griechischer Offiziere, deren Abzug von Makarios nur eine Woche vor dem Putsch in Nicosia öffentlich und ultimativ gefordert wurde. Die Antwort der Obristen auf diese Herausforderung konnte kaum ohne das Wissen und ohne stillschweigendes Einverständnis der US-Berater in Griechenland erfolgen: wäre die Insel unter die politische Kontrolle der Athener Junta geraten, wäre der Errichtung von US-Stützpunkten auf der Insel nichts mehr im Wege gestanden. Das nationale "Ansehen" der Junta, die in Griechenland mit zunehmendem wirtschaftlichen Chaos zu kämpfen hatte, wäre schlagartig aufgewertet worden. Das Abenteuer endete mit einem Debakel. Es begann mit dem "Kunstfehler", Makarios entkommen zu lassen, der nun mit seiner Person der moralischen Empörung der UNO und bestimmter NATO-Kreise, vor allem Englands, die reale Grundlage bot. Vor allem aber funktionierte die US-Entlastungsdiplomatie nicht. Die türkische Regierung, die vorher schon mit der Wiederaufnahme des Mohnanbaus die USA offen brüskiert hatte, war nicht gewillt, die Chance ungenützt vorübergehen zu lassen, die sich ihr durch das blutige Dilettantentum der Athener Junta auf dem Tablett serviert wurde. Die türkischen Militärs, die sich durch ihre einjährige Schreckensherrschaft unter dem türkischen Volk unbeliebt und verhaßt gemacht hatten, erblickten die glänzende Möglichkeit, ihre Montur aufzupolier-



# Internationale Nachrichten

ren. Denn eine nationalistische Welle sondergleichen ergriff die türkischen Massen. Auch Ecevit, der seit seiner Regierungszeit kaum eines seiner Wahlversprechen einzulösen verstand, griff mit beiden Händen nach dem unverhofften Geschenk der griechischen Generäle. Als Garantiemacht hat die Türkei ohnehin lange genug zusehen müssen, wie die im Genfer Abkommen festgelegten Rechte der türkischen Minderheit durch die schlaue Schaukelpolitik Makarios' systematisch sabotiert wurden. Außerdem befindet sich die Türkei mit Griechenland seit einiger Zeit in einem handfesten Konflikt wegen der Schürfrechte nach Öl am Festlandsockel im Ägäischen Meer. Eine günstigere Gelegenheit, ein militärisches Machtwort gegenüber dem an Waffen- und Menschenpotential weitaus schwächeren Nachbarn konnte es nicht einmal im Traum geben.

Der moralische und politische Kredit der griechischen Junta wurde vollends erschöpft durch das darauffolgende, alle Beteiligten - NATO-Partner, USA und oppositionelle Teile der Armee - schockierende düstere Schauspiel der Generalmobilmachung. Eine antike Komödie war nichts dagegen. Die dritte Armee, unter dem Kommando in Thessaloniki, ließ eine Erklärung im Ausland veröffentlichen, deren Wortlaut ein gründliches Studium des Aufrufs der "Bewegung der Streitkräfte" in Portugal verriet. Damit war im Falle eines Bürgerkrieges in Griechenland nicht einmal die Einheit der Armee gewährleistet. Als Kissinger dann den dramatischen Szenenwechsel in Athen befahl, stand noch nicht fest, daß die Amerikaner mit der ausgedienten Junta auch die griechischen Positionen in der zyprischen Streitfrage preisgegeben hatten. Die neuen "Demokraten" in Griechenland sahen sich nun von den USA verraten und verkauft. Wie sollten sie das amerikanische "Erbe" verwalten, wenn es mit einer derartigen nationalen Hypothek wie dem Verlust Zyperns verbunden war? Griechenlands Austritt aus der NATO läßt den Umfang des politischen Scherbenhaufens erahnen, der von keinem Kissinger so leicht gerettet werden wird. Der Trümmerhaufen und die

Schlachtfelder auf Zypern voller Toter und Verwundeter wird nichts mehr wiedergutmachen können. Und ihre Ursachen tragen allesamt die Aufschrift: "Made in USA".

## DIE ENTWICKLUNG IN DER TÜRKEI

Die Entstehung der heutigen Türkei aus dem Osmanischen Reich, das einst den Nahen Osten, Kleinasien und den Balkan umfaßte, ist mit der historischen Figur Kemal Atatürks (Türkenvater) aufs engste verbunden. Als er, nachdem er sich als Armeeführer und Sieger über ausländische, darunter griechische, Okkupanten einen legendären Ruf erworben hatte, 1923 zum Präsidenten der neu ausgerufenen Republik ernennen ließ, stand er vor der ungeheuren Aufgabe, eine ganze historische Epoche in der Türkei überspringen zu müssen. Das, was in Europa die aufsteigende Bourgeoisie wirtschaftlich und politisch zu ihrer historischen Aufgabe gemacht hatte, mußte in der Türkei wörtlich aus dem Boden gestampft werden. Atatürks durchwegs diktatorisch durchgesetzte Reformen\* trugen alle Zeichen der Widersprüchlichkeit jener Situation, in der Atatürk zu agieren gezwungen war. Als er 1938, erst 58 Jahre alt, starb, hinterließ er ein Torso. Die unvollendete kamalistische "Revolution" prägt heute noch entscheidende Züge der türkischen Wirklichkeit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Türkei zu einem der wichtigsten

\* 1924 = Abschaffung des Khalifats und Ausweisung der osmanischen Dynastie.

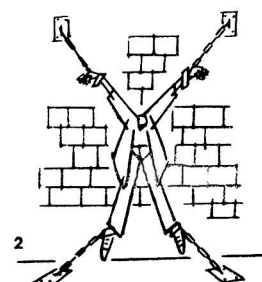
1925 = Aufhebung der feudalen "Zehnten", Schließung der Derwisch-Klöster und Verbot des Fezes, Einführung der schweizerischen bürgerlichen Gesetzgebung, Abschaffung der Vielweiberei.

1927 = Gesetz zur Förderung der Industrie.

1928 = Gesetz zur Einführung des lateinischen Alphabets.

1934 = Erster türkischer Fünfjahresplan für den Aufbau der nationalen Industrie, Frauen erhalten Wahlberechtigung für die Große Nationalversammlung.

Eckpfeiler der US-Weltstrategie. Neben der Marshall-Hilfe (sprich US-Kapital) wurden Massen von Waffen ins Land gepumpt, das 1952 der NATO und 1959 dem CENTO-Pakt (mit Iran und Pakistan) beitrug und sogar die Stationierung von Atomwaffen der US-Armee auf seinem Boden erlaubte. (Sie wurden als Gegenleistung der Kennedy-Regierung für das Einlenken der SU in der Kuba-Krise abgezogen.) Die Militarisierung der Türkei ging mit der ständigen Repression und Verfolgung von Kommunisten und fortschrittlichen Politikern Hand in Hand. (1961 wurde Menderes, Führer der Demokratischen Partei, hingerichtet und andere Führer der Partei eingekerkert.) Mit zunehmender Industrialisierung der Türkei gewannen aber die moderne Arbeiterbewegung und ihre Ideen an Boden, was sich in machtvollen Demonstrationen gegen die Abhängigkeit vom US-Imperialismus und in großen Streikbewegungen manifestierte. Die Welle der westeuropäischen Studentenbewegung griff auch auf die Türkei über - mit einem bemerkenswerten Unterschied: zwischen rebellierenden Studenten und den kämpferischen Teilen der Arbeiterbewegung und radikalen Bauernmassen wurde in vielen Fällen ein gemeinsames Vorgehen erzielt. Die Lage spitzte sich immer mehr zu.



Türkische Revolutionäre - vorher und nachher

# Internationale Nachrichten

Fabriks- und Bodenbesetzungen, anti-imperialistische Demonstrationen waren auf der Tagesordnung. Am 16. Juni 1970 forderten Hunderttausende Arbeiter und Studenten den Rücktritt der Regierung. Parallel zur sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage (1970 Abwertung des türkischen Pfunds um 66%), verstärkten sich die politischen Unruhen im ganzen Land. Am 12. März 1971 richteten die drei ranghöchsten Generäle der türkischen Armee an die Regierung Demirel ein Ultimatum, welche daraufhin zurücktrat. Eine brutale Militärherrschaft setzte ein, Hunderte Künstler, Wissenschaftler, Journalisten, Verleger, Universitäts- und Volksschullehrer wurden verhaftet, die Folterungen gehörten zur üblichen Verhörpraxis, wobei es zahlreiche Todesopfer gab. Paramilitärische Terrorbanden überfielen und ermordeten auf offener Straße vermutliche Gegner der Diktatur. Als die wirtschaftliche Lage sich weiterhin rapid verschlechterte, setzte sich der liberale Flügel der Armee durch und verordnete Neuwahlen zur Wiedereinsetzung des Parlaments. Aus den Wahlen am 14. Oktober 1973 ging überraschend trotz aller Schikanen und Behinderungen während des Wahlkampfes die Republikanische Volkspartei unter Ecevit als Sieger hervor. Die ökonomische Lage, die Probleme, die einer Lösung harren, müssen für einen "Reformer" recht entmutigend sein.

Die Türkei ist nach wie vor ein rückständiges Agrarland. 70% der Gesamtbevölkerung (1965: 35.232.000, jährliche Zuwachsrate ca. 3%) lebt in Dörfern. Der Mammutanteil an bebaubarem Boden gehört den Großgrundbesitzern (Agas), die Bauern werden samt dem Boden, den sie für die jeweiligen Agas bestellen, gekauft und verkauft. Die Arbeitslosenziffer steigt mit der Regelmäßigkeit stets wiederkehrender Jahreszeiten von 0,1 Million zur Zeit der Ernte Juli/August auf 7,7 Millionen Dezember/Februar. Das Pro-Kopf-Einkommen des Landes beträgt ein Sechstel des EWG-Durchschnitts. Die inflationistische Politik frißt die an und für sich niedrigen Löhne auf. Neben US-Monopolen ist vor allem der westdeutsche Imperialismus an

der Ausbeutung des Landes beteiligt. Der Unterhalt der Armee, die ständigen Anschaffungen neuer und immer teurer werdenden Waffen belastet die mageren Staatseinkünfte aufs Schwerste. Was kann in einer solchen Situation mehr verlocken, denn die Einsetzung dieser Waffen und der Armee zu einer kriegerischen "Spritztour", deren ungefährdeter Ausgang von vorneherein feststeht, und die auf der Woge der nationalistischen Begeisterung alle Kritik zum Schweigen bringen muß?

## DIE WIEDERERRICHTUNG DER BÜRGERLICHEN DEMOKRATIE IN GRIECHENLAND

Bei Karamanlis' Ankunft in Athen säumten nach Augenzeugenberichten mehr Menschen die Straßen als nach der Befreiung von der Nazi-Okkupation. Während der drei Stunden, die Karamanlis von Paris brauchte nachdem ihm die Militärs die von ihm verlangten Garantien gaben, verbreitete der Athener Rundfunk geballte Greuelmeldungen aus Zypern, um den ungeheuren Zorn der Massen von den politisch erledigten Obristen abzulenken. Die tragische Situation auf Zypern, die von ihr verschuldet wurde ist in ihrer Fortdauer zu einer Schonfrist für die ehemalige Athener Junta geworden. Die militärische Bedrohung durch den Erzfeind Türkei sichert ihren Angehörigen jene Unantastbarkeit im Augenblick zu, die ein Begleichen so mancher offener Rechnung unmöglich macht.

Es ist tatsächlich so, als ob Karamanlis eine alte Szene auf der griechischen Drehbühne aufs neue betreten würde: zwischen seinem freigewählten "Exil" und seiner Wiederkehr sind zehn Jahre vergangen. Außer einigen Requisiten, die inzwischen entfernt worden sind (so zum Beispiel die Königsfamilie) hat sich auf der Szene wenig geändert. In Griechenland ist der Status quo vor dem Putsch am 21. April 1967 wiederhergestellt. Vorläufig jedenfalls.

Hier wird es notwendig, kurz zurückzublenden. Alle Wahlen, die unter

Karamanlis von 1955 bis 1963 in Griechenland abgehalten wurden, waren mehr oder weniger manipuliert. Unter Karamanlis wurde Georgis Lambrakis (dargestellt im Film "Z") ermordet, durfte die Musik von Theodorakis öffentlich nicht gespielt werden, wurden Tausende Kommunisten und fortschrittliche Personen eingekerkert. Die Wahl 1963 brachte trotz massiver Beeinflussung durch Karamanlis-Leute die Wende: 138 Mandate erhielt die Zentrums-Union (EK) Papandreous, 28 die Vereinigte Linke (EDA), 132 die Partei Karamanlis' (ERE) und 2 Mandate die konservative Progressive Partei (PK). Da Papandreou ein parlamentarisches Zusammengehen mit der EDA, die als kommunistisch verteufelt wurde, für nicht ratsam hielt, schrieb er Neuwahlen aus, die ersten wirklich freien seit vielen Jahren. Sie brachten seiner Partei 171 Sitze ein, während die Mandate der ERE auf 107 zurückgingen.

Dem Putsch der Obristen eine vorbereitende Periode voraus, die am 15. Juli 1965 ihren Anfang nahm. Damals weigerte sich König Konstantin – ein Spielball in den Händen seiner Berater und der Königinmutter Friederike – der Forderung Papandreous nachzukommen und den erreaktionären Verteidigungsminister Garoufalas zu entlassen. Papandreou drohte daraufhin mit seinem Rücktritt, der vom König prompt "ernstgenommen" wurde: ein "zufällig" anwesender Politiker namens Novas wurde mit der Bildung einer neuen Regierung betraut. Novas wurde vom Parlament das Vertrauen verweigert. Machtvolle Demonstrationen setzten im ganzen Land ein. Zentrums-Abtrünniger Stephanopoulos stellte bis 1966 eine Regierung, die von der ERE und einigen mit Schmiergeldern gekauften Zentrums-Abgeordneten gehalten wurde. Aber auch

Stephanopoulos war den Wünschen des Königshauses, der US-Berater und des griechischen Kapitals nicht willfährig genug. Er wurde vom Nachfolger Karamanlis', dem Führer des ERE, Kanellopoulos gestürzt. Wahlen wurden für 1968 ausgeschrieben, inzwischen sollte die zur Vorbereitung der Wah-

# Internationale Nachrichten

len eingesetzte Regierung unter dem Bankdirektor Paraskevopoulos die Amtsgeschäfte weiterführen. Paraskevopoulos wurde aber am 28. März 1967 das Vertrauen durch die ERE entzogen. Da das Zentrum die Bildung einer Allparteienregierung nach dem Wunsch des Königs ablehnte, wurde der Führer der ERE, Kanellopoulos, mit der Regierungsbildung betraut. Allerdings gelang es ihm nicht, das Vertrauen des Parlaments zu erlangen. Daraufhin ließ Kanellopoulos das Parlament auflösen. Nach der Verfassung hätten innerhalb von 48 Tagen, also am 28. Mai Neuwahlen stattfinden müssen. Von jetzt an war nunmehr die Frage, unter wessen Kommando geputscht würde. Zur Überraschung des Königshauses, der königlichen Marine, der CIA und des US-Botschafters Talbot (der unter Karamanlis das Recht hatte, an den Regierungssitzungen teilzunehmen), des griechischen Kapitals und der ERE waren es einige Panzer-Obristen, die unter Benützung des NATO-Einsatzplanes "Prometheus" (die zur Rettung der griechischen Demokratie bestimmt war!) die Initiative an sich rissen. Pattakos, Papadopoulos und Makarezos schlossen sich alsbald Generalstabchef Spandidakis, General Anghelis und der Oberstaatsanwalt Kostas Kollias an. (General Anghelis leitete die ultrarechte Offiziersorganisation IDEA und Kollias hatte seinerzeit dafür gesorgt, daß die Mörder Lambrakis' auf freien Fuß gesetzt wurden.) Mit den Obristen fanden sich sehr bald sowohl die Amerikaner als auch die griechische Armee ab. Ein kindisch eingefädelter Gegenputsch des Königs bot nur den willkommenen Anlaß, ihn endgültig ins Ausland abzuschicken. Sieben Jahre Terrorherrschaft des Militärs gingen ins Land.

+ + +

Karamanlis wird sich während seines langen Aufenthaltes in Paris kaum von Saulus in Paulus gewandelt haben. Als gutbürgerlicher Vollblutpolitiker wird er aber den veränderten Zeiten in seinen Methoden sicherlich Rechnung tragen. Ob sein Versprechen nach Abhaltung freier Wahlen einhalten wird, hängt von vielen

innenpolitischen, im Augenblick aber von außenpolitischen Faktoren ab. Es wird sich zeigen, ob die Drohung, die amerikanischen Basen aufzulösen, bloß ein taktisches Entgegenkommen gegenüber der Stimmung im griechischen Volk ist. Eines ist klar: seine Aufgabe besteht darin, genügend Zeit zu gewinnen, damit soviel Dampf abgelassen wird, daß eine volle Einsetzung der bürgerlich-demokratischen Maschinerie nicht zur Explosion des Kessels, zum Bürgerkrieg führt. Dabei kommt ihm die außenpolitisch bedrohliche Lage entgegen. Dementsprechend ist Karamanlis an einer baldigen Lösung der Zypernfrage nach den Vorstellungen der Türkei weniger interessiert als der zypriotische amtierende Präsident Klerides. Das gebührt auch dem "nationalen Ehrgefühl". Die türkischen Sieger könnten sich auf diese Weise bald mit jenen Problemen konfrontiert sehen, mit denen noch jede ausländische Macht auf der Insel erfolglos zu schaffen hatte, dem Guerilla-Krieg.

+ + +

Zuletzt soll hier noch ein Phänomen festgehalten werden, das auf äußerst bezeichnete Weise veranschaulicht, was die Sowjetunion unter Entspannungspolitik versteht. Für jeden nicht voreingenommenen Beobachter der Zypernkrise war eines vollständig klar: der Hauptagent der Handlung, einmal im Vordergrund, meist im Hintergrund, aber stets allgegenwärtig, waren die USA. Von Anfang an wettete die sowjetische Presse aber gegen "aggressive NATO-Kreise". Was auch immer darunter gemeint sein mag, es ist angesichts des Schlags, den die NATO an ihrer Südostflanke erhalten hat, gelinde ausgedrückt eine Ablenkung vom wahren Schuldigen an der Katastrophe in Zypern. In dieses Bild paßt das beharrliche Schweigen der sowjetischen Massenmedien zu den Hintergründen des Rücktritts Nixons. Die "Volksstimme" macht es auf ihre Weise: ihr umfassender Artikel zum Rücktritt Nixons wird u. a. mit einem Bild versehen, auf dem Nixon und Kreisky die Welt anlächeln. Der Bildtext behauptet, daß die Aufnahme anlässlich

der Reise Nixons in den Nahen Osten auf der Zwischenstation in Salzburg entstanden sei. Jeder weiß, auch die "Volksstimme", daß Nixon beide Male in Salzburg auf seiner Reise nach Moskau Station machte. Von dort erst brach er das zweite Mal in den Nahen Osten auf. Und Bilder ließen sich unschwer auftreiben, die einen herzlich lachenden Nixon mit Breschnjew, Podgorny, Kossygin etc. zeigen. Hier wie dort die biedere Verlogenheit: "aggressive NATO-Kreise" müssen für die Machenschaften des Entspannungspartners US-Imperialismus herhalten, der Nahe Osten als Reiseziel für Moskau. Entspannungspolitik dieser Art meint die Abstimmung der Großmachtinteressen der SU und der USA. Auf Kosten Zyperns - zum Beispiel.

(beendet am 19.8.1974)

## Spanien, Portugal, die Kolonien

Die griechische Militärdiktatur ist nicht ein Produkt der portugiesischen Entwicklung - dennoch, die Auswirkungen des portugiesischen Umbruchs lassen sich auch in griechischen Armeekreisen feststellen. Und Spanien, als nächster Nachbar mit einer ähnlichen Struktur wie Portugal bis vor kurzem, ist sicherlich mehr denn anfällig für das portugiesische Experiment. In Spanien wird die Krise freilich noch dadurch verschärft, daß der greise Caudillo, Generalissimo Franco, den politischen Verfall seiner Diktatur mit seinem eigenen beschleunigt. Dem Aufruf des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Spaniens, Carillo, in Paris zur "Errichtung der Demokratie" in Spanien, folgte die Bildung einer "Demokratischen Junta", die



neben den Linksparteien des Landes (von den "linksextremen" abgesehen) über die Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen), auch Kräfte angehören wie die Carlisten-Bewegung, Vertreter der Christlich-Demokraten, des Opus Dei, bis zu den Monarchisten und Männer der Finanz und Industrie in Spanien. Das programmatische Ziel wird in zwölf Punkten zusammengefaßt, darunter: die Bildung einer provisorischen Regierung (wie in Portugal und Griechenland), volle Amnestierung aller politischen Gefangenen (wie in Portugal und Griechenland), Legalisierung aller politischen Parteien ohne Ausnahme (wie in Portugal und Griechenland vorgesehen), Wiederherstellung der vollen legalen Freiheiten der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung (des Rechts auf Streik etc.), der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, volle Informationsfreiheit, Trennung von Kirche und Staat usw. usf.

Dieses usw. usf. klingt fast gering-schätzig, soll aber nur die Problematik signalisieren, die in dieser nun schon das dritte Mal in kürzester Zeit wiederkehrenden Konzeption eines breiten Bündnisses linker Kräfte auf der Grundlage der Wiedererrichtung und Festigung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie enthalten ist. Gewiß wäre es töricht zu



verkennen und zu leugnen, daß all diese angestrebten und zum Teil bereits in Angriff genommenen Konzepte zur Umwandlung einer jahre- und jahrzehntelang diktatorisch beherrschten Gesellschaft, ihr die volle Bewegungsfreiheit nach allen Seiten hin zu verschaffen, unzweifelhaft Vorteile und Erleichterungen auch für die Lohnabhängigen dieser Länder mit sich bringen. Das Problem ist nur, daß diese Bestrebungen sich allesamt auf einer streng reformistischen Linie befinden, die, unter anderen Voraussetzungen voll und ganz die modernere sozialdemokratische Strategie und Praxis bestätigen. Was sich derzeit in Portugal (und mit einigen Einschränkungen auch in Griechenland) als dramatischer Umbruch ausnimmt, ist die Stabilisierung der Ausbeutungsordnung von unten. Dies sei hier nur am Rande vermerkt, weil diese Problematik hier nicht ausdiskutiert, an anderer Stelle aber umso gründlicher behandelt werden soll. (Ausgehend von dem zentralen Aspekt, daß weder in Portugal noch in Griechenland die Initiative zu dem eingesetzten Umwandlungsprozeß von den revolutionären Avantgarden oder den Massen ausgegangen ist, daß sie bloß partizipieren, also an dem Prozeß mitbeteiligt sind.)

Feststeht jedenfalls der rapide Verfall des Franco-Regimes und damit die unmittelbar bevorstehende politische Ablöse in Spanien. Noch ein Aspekt soll in diesem Zusammenhang kurz gestreift werden. Wenn auch in Spanien die martialischen Hüllen einer brutalen und offenen Kapitalsherrschaft gefallen sind, wird der Rahmen der EWG wirtschaftlich wesentlich erweitert, ihr Prestige in Sachen "Demokratie und Fortschritt" bedeutend aufgewertet werden. Die Aufnahme der kommunistisch beeinflussten italienischen Gewerkschaftsbewegung CGIL in den europäischen Gewerkschaftsverband (CES) – die französische Brudergewerkschaft, CGT, wird bald folgen – bestätigt diese durchwegs planmäßig betriebene neue Strategie der europäischen Monopole.

+ + +

Die Umwandlung der alten portugiesischen Verhältnisse geht nicht ohne Widersprüche vor sich. Die "Bewegung der Streitkräfte" (MFA) hat sich gegenüber dem populistischen Auftreten Spinolas vorläufig durchgesetzt: erstens hat sie ihre Kandidaten bei der Umbildung der Provisorischen Regierung durchgebracht, zweitens hat sie das Begehren Spinolas abgelehnt, die Präsidentschaftswahlen in Portugal vor- und die Parlamentswahlen zurückzulegen (bis 1976). (Dadurch hätte Spinola, der in den breiten Massen Portugals geachtet wird und das Vertrauen der portugiesischen Bourgeoisie und der Monopole genießt, eine mit dem Glorienschein der Legalität erleuchtete Amtsperiode ohne parlamentarische Kontrolle für sich gesichert.) Auch sonst scheinen die für den Marsch auf Lissabon verantwortlichen fortschrittlichen unteren und mittleren Armeekadern das politische Heft ziemlich fest in der Hand zu haben. Offiziere werden neuerdings sogar gewählt, der Druck dieser Armeekeise zur raschen Beseitigung des militärisch sinnlos gewordenen Kolonialkrieges findet auch in den "Streiks" der Kolonialtruppen seinen Ausdruck: sie verweigerten in wiederholten Fällen ihren Einsatz und trugen damit wesentlich zur Einsicht bei, daß alles taktisches Herummanövrieren um die Frage der Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Kolonien zuguterletzt an der Machtfrage scheitern muß, die ohne das Mitmachen der portugiesischen Armee eindeutig zugunsten der Befreiungsbewegung ausfallen muß.

Taktisch herummanövriert wird auch im "Mutterland" selbst mit Hilfe der Sozialistischen und Kommunistischen Partei des Landes. Allerdings zeigen die wirkungslos verhallten Apelle der KPP bei einigen großen Streikbewegungen, die übrigens an der Tagesordnung sind, daß ihr Einfluß unter der portugiesischen Arbeiterschaft nicht mehr überschätzt werden darf. Jede Bewegung entwickelt ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten und das bekommt auch die lange im Untergrund und im Exil nach alten Traditionen geprüfte Kommunistische Par-



# Internationale Nachrichten

tei Portugals (Moskauer Richtung) zu spüren. Das Ansehen der linken Gruppen steigt in dem Maß, als sie in konkreten Forderungen und durch Unterstützung aller Streikbewegungen das Vertrauen der portugiesischen Arbeiter und Bauern für sich gewinnen. Ein Gespenst geht um in Portugal, und es wird sich umso mehr materialisieren, je klarer es wird, daß auch gesamt-nationale Fragen ihre klassenspezifischen Antworten finden, und daß die gestrige Sklaverei droht durch eine zivilisierte Ausbeuterordnung abgelöst zu werden.

+ + +

Die Angst vor dieser Bestimmung, auf deutsch gesagt davor, verschaukelt zu werden nach gutaltheokolonialistischer Manier hat die politisch bewußtesten und wichtigsten Befreiungsbewegungen in den Kolonien (M.P.L.A., PAIGC und FRELIMO) davor bewahrt ein Jota von ihren Forderungen nach vollständiger Unabhängigkeit und Selbstbestimmung abzurücken. Guinea-Bissau ist bereits als eine souveräne afrikanische Republik anzusehen. Die Frage der Kapverden ist keine Verhandlungs-, sondern eine Zeitfrage. Die FRELIMO in Mozambique steht kurz vor ihrem Machtantritt. Nur in Angola, wo die portugiesische Kolonialmacht auf Grund der ungeheuren Reichtümer des Landes am geballtesten repräsentiert ist (sowohl bevölkerungsmäßig: 500.000 weiße Siedler gegenüber 100.000 in Mozambique und 15.000 in Guinea-Bissau, als auch was die militärische Stärke Portugals betrifft) und die Befreiungsbewegung gespalten ist (neben der M.P.L.A. gibt es noch die FLNA und die UNITA, wobei der Verrat der UNITA-Führung heute schon feststehen dürfte), gibt es noch berechnete Hoffnungen für neokolonialistische Lösungsversuche.

Spinolas Unabhängigkeitserklärung der Kolonien hat insofern eine historische Bedeutung, als er damit erstmals die weitgehende Ohnmacht des "Mutterlandes" indirekt bestätigte. Obwohl dieser wichtigen Erklärung

von UNO-Generalsekretär Waldheim weltweit sekundiert wurde, ist vor schnellem Optimismus Einhalt geboten. Erklärungen, Resolutionen und Beschlüsse erfolgen in der Regel auf geduldigem Papier. Erst wenn ihr Inhalt reale Gestalt annimmt, werden sie zu unumstößlichen Fakten. Die Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonien muß in Angola noch erkämpft, in Guinea-Bissau und Mozambique gefestigt, ausgebaut, unwiderruflich gemacht werden. Dabei spielen die afrikanischen "Apartheid"-Regimes Rhodesien und Südafrika und hinter ihnen die imperialistischen Monopole eine weitaus gefährlichere Rolle (zusammen mit den entschlossenen weißen Siedlern und ihren jeweiligen einheimischen Verbündeten) als das scheidende "Mutterland" selbst.

Portugal wird auf dem Weg zur endgültigen Befreiung von Ausbeutung und politischer Unterdrückung Schritt um Schritt gehen mit der Befreiung der Kolonien von der Herrschaft und Ausbeutung alter und neuer Kolonialherren.



## revolutionäres AFRIKA

Zeitschrift mit Berichten und Dokumenten über den Befreiungskampf der Völker in Azania (Südafrika), Namibia (Südwestafrika), Zimbabwe (Rhodesien) und den portugiesischen Kolonien.

Herausgegeben vom Komitee Südliches Afrika (KSA) - Wien.

Preis: 8S 5.- (DM 1.-, sfr 1.-) + Porto  
Abo (4 Hefte incl. Porto): 25.- (DM 5.-)

### Bestellungen

durch Überweisung (mit Angabe des Zahlungszwecks) auf das Konto Nummer 601-228-604 der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

## Chile

CHILE: EDUARDO FREI - DIE GRIECHISCHE LÖSUNG?

Die chilenische Militärjunta hat sich als unfähig erwiesen, die Probleme des in- und ausländischen Kapitals zu lösen. Sie hat ihre Aufgabe zu lösen versucht zunächst auf dem Rücken der Arbeiterklasse. Dagegen hatte die chilenische Bourgeoisie so lange nichts einzuwenden, als dies nur die Einsparung eines Kostenfaktors bedeutete. Da aber der Verfall der Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten zugleich auch zu einem Rückgang der Nachfrage führte, wurden die Schichten der Bourgeoisie, in deren Unternehmen die Waren für den täglichen Bedarf hergestellt werden, in der Regel die Klein- und Mittelunternehmer, langsam unruhig. Die Zahl der Bankrotte steigt und steigt...

Die Militärs wurden starrköpfig und zeigten einmal mehr ihre wirtschaftspolitische Inkompetenz. Schon früher hatten sie durch den Importstopp von Lebensmitteln (bei Freigabe der Einfuhr von Investitionsgütern) bewiesen, wie sie sich die "Sanierung" des chilenischen Nationalhaushaltes vorstellen. Jetzt entdeckte die Junta neue Einsparungsmöglichkeiten im Staatshaushalt selbst: Da die öffentlichen Ausgaben, die noch irgendwo der Bevölkerung zu Gute kommen (Medizin, Bildungswesen, technischer Beratungsdienst beim Landwirtschaftsministerium etc.) teuer und "inflationär" sind, beschloß man, dort so viel wie möglich einzusparen; jeder 5. Staatsangestellte wurde entlassen; die Universitäten erhalten keine Subventionen mehr und müssen sich selbst finanzieren: Ein Hochschulstudium kommt daher nur noch für die Kinder der Reichen in Frage; denn wozu braucht das Kapital in Chile noch qualifizierte wissenschaftliche Arbeitskräfte, wenn das know-how, also die Investitionsgüter ohnehin eingeführt werden können?

Diese kurzsichtige Wirtschaftspolitik, die wirklich nur noch der verschwindenden Schicht der allerreichsten

Großbourgeoisie dient, läßt immer breitere Teile der chilenischen Bourgeoisie und damit auch immer breitere Kreise im Pentagon daran zweifeln, ob die chilenische Junta wirklich die idealsten Geschäftsträger der Bourgeoisie sind: Man denkt an eine Ablösung der Militärs durch rechtsstehende Zivilisten, die sich schon früher als geeignete Handlanger erwiesen haben. Frei bietet sich hier für eine Lösung à la Griechenland an. Die Militärjunta ist sich über die wachsende Vertrauenskrise, in der sie steckt, bewußt. Zunehmend isoliert von ihrer früheren Massenbasis, der Klein- und Mittelbourgeoisie, dank der breiten Solidaritätsbewegung im Ausland auch international fast ohne Anerkennung verliert sie das Vertrauen der chilenischen Großbourgeoisie, des internationalen Kapitals und damit auch des Pentagons. Sie reagiert darauf äußerst nervös: Durch verschärfte Repression im Inneren und durch Korruption, um auch im Falle des Machtverlustes nicht allzu nackt dazustehen. So etwa befreit Pinochets Lieblingssohn seit März alle Teile des Landes und fordert die jeweiligen Großunternehmer auf, seinen Vater an den Unternehmungen zu beteiligen. Das Ministerium für Öffentliche Arbeiten hat diese zwar eingestellt (die öffentlichen Arbeiten nämlich), fördert aber dafür die Wissenschaft und vergibt eine Reihe von Forschungsaufträgen an der Junta nahestehende Wissenschaftler, die dafür die Hälfte der Projektgelder an die Auftraggeber abführen. Schließlich gestaltet sich jede Hausdurchsuchung zu einer Plünderungsaktion – auch die niedrigen Chargen der Streitkräfte wollen schließlich leben.

Diese Situation verschärfte natürlich noch die Vertrauenskrise. Der "Mercurio", jene reaktionäre Gazette, die unter Allende am konsequentesten auf den Sturz der UP-Regierung hingearbeitet hatte, bekam auf direkten Wunsch ihres US-amerikanischen Besitzers Edwards einen Kurswechsel verordnet. Der "Mercurio" versuchte durch den Nachdruck von Berichten aus dem "Economist" und aus dem "Wallstreet Journal" die Öffentlich-

Zwei bis drei Jahre wird es dauern, bis Chiles Wirtschaft abhebt... Doch mindestens bis 1980 wird dieses Land von einer politischen Stabilität profitieren, die in Südamerika selten ist... Sowohl kurz- wie mittelfristig werden die Einlagen kleinerer Investoren sicher sein...

Auf lange Frist bieten Chiles Rohstoffe (vor allem Kupfer, aber auch Eisenerz, Kohle und Holz) enorme Chancen...

Zwar muß man mit Risiken rechnen, aber Japaner und Kanadier sind heute schon zu ihnen bereit.

Noch immer liegt unheimliche Ruhe über Chiles Städten... Drei Jahre marxistischen Regiments... Totaler Zusammenbruch der Wirtschaft... Inflation à la Weimar... Und zum Schluß noch ein militärischer Putsch (Ich schätze 4.000 Tote, 8.000 Verhaftete und 10.000 im Exil)...

Vom ersten Tag an hat die Junta ihr Bekenntnis zum privaten Unternehmertum abgelegt... Sie internationalisierte Industrien, setzte Preiskontrollen außer Kraft, öffnete Chile für Auslandsinvestitionen.

Die Junta (einseitig ehrlich und unkorruptierbar) hat das Etat-Defizit gekürzt (von 53 Prozent auf 15 Prozent) und die Inflation eingedämmt (von 753 Prozent auf 100 Prozent in diesem Jahr).

Die neuen Wechselkurse sind realistischer geworden: 300 Exudos für eine Mark bei laufenden Transaktionen, 162 Exudos beim Außenhandel und 80 Exudos beim Import von Ausrüstung für die Kupferminen.

Die Arbeitslosigkeit hat sich verdoppelt, aber das Vertrauen der internationalen Bankiers ist zurückgewonnen.

Der internationale Währungsfonds hat Chile einen Aufbaukredit über 240 Millionen Mark eingeräumt. Die Weltbank wird zum Wiederaufbau 33 Millionen beitragen... Dazu kommen zahlreiche US-Kredite. Sogar Japanien – um Unabhängigkeit von

Rußland zu demonstrieren – bot einen Kredit an (der noch nicht angenommen worden ist).

Gibt es die Gefahr des Bürgerkrieges? Ich glaube nein, trotz bleibender Nervosität... Und trotz der Tatsache, daß viele linksradikale Führer noch auf freiem Fuß sind – in Chile versteckt oder im Exil (so Carlos Altamirano, Ex-Generalsekretär der Sozialistischen Partei, und Edgardo Enriquez, Erziehungsminister unter Allende...).

Die Streitkräfte (75.000 Mann einschließlich der 25.000 paramilitärischen Carabineros) werden von einem neuen Geheimdienst (DNA) unter General Floody überwacht.

Im Stadion wird wieder Fußball gespielt statt Polizeistaat...

Bleibt die Möglichkeit der Streitigkeiten innerhalb der Junta... Nach einem Machtkampf zwischen Marine (mit Unterstützung der Luftstreitkräfte) und Heer hat sich Armee-General Pinochet als Staatsoberhaupt auf unbestimmte Zeit etabliert. Er ist 58 Jahre alt, besitzt bäuerliche Hartnäckigkeit und Langsamkeit.

Aber die Männer der Marine halten Schlüsselministerien besetzt. Und die Wirtschaftspolitik unter dem Wirtschaftsminister Fernando Leniz wird von einer hochintelligenten Gruppe von Zivilisten geführt, die als die "Chicago-Boys" bekannt sind (vergleichbar der "Berkeley-Mafia" in Indonesien).

Diese jungen Ökonomen sind in den USA ausgebildet... Ihr bester Freund in Washington, Hennessy, sitzt im Finanzministerium... Ihre Politik wird vom Marinechef Admiral Toribio Merino Castro, 58, (Monatgehalt: 700 Mark) gedeckt und von dem intelligenten Planungsminister Roberto Kelly entscheidend beeinflusst... Die Politik dieser "Chicago-Boys" steht im Gegensatz zu den Nasseristen (oder "peruanischen") Ideen von

linksgerichteten Armeekreisen und christdemokratischen Gewerkschaftsführern.

Vergessen Sie vorerst die lokalen Märkte. Die Nachfrage ist wegen der eingefrorenen Löhne und der steigenden Preise sehr gering, so daß kleinere Unternehmen in große Schwierigkeiten gekommen sind.

Think big... Neun Konzerne sind auf der Suche nach neuen Kupfervorkommen. Geführt von den Kanadiern (Naranda), gefolgt von den Japanern (Mitsubishi), Investoren können wählen zwischen Projekten in Höhe von 50 bis 75 Millionen Mark (Puntillas oder Sierre Gordi) – oder Mammut-Investitionen in Höhe von 1,25 Milliarden Mark bei El Abra (potentieller Ausstoß 6,3 Millionen Tonnen von Feinkupfer).

CODELCO, der staatlichen Kupferkonzern, ist bereit, vertrauliche geologische und technische Informationen zur Verfügung zu stellen.

Suchen Sie sich einen chilenischen Partner, um gegen jeden Ausbruch von Nationalismus gewappnet zu sein...

Ich empfehle Ihnen, in Kontakt mit der mächtigen Edwards-Gruppe zu treten (und mit seinem hervorragenden Finanzspezialisten Hernan Cubillos, 38, Chef der Tageszeitung "El Mercurio" und möglicher künftiger Präsident des Landes).

Oder mit Javier Vial, der dominierende Mann in der wirtschaftlichen Gruppe "Los Pirana".

Um schnellen Zugang zu den Ministerien zu bekommen, sollten Sie im Carrera-Hotel oder im Crillon logieren. Das Sheraton-San Cristobal ist während des Sommers (Januar bis März) vorzuziehen.

Nachtclubs und Discotheken sind wieder geöffnet. Aber: Ausgehverbote ab 1 Uhr nachts...

Die in der Nr. 5 von OL angekündigte Dokumentation, ein Auszug aus "Daniel Hunebelles International Letter", konnte aus Platzgründen nicht erscheinen. Wir veröffentlichen nun hier die "interessantesten" Stellen aus diesem teuersten Informationsblatt der Welt, die einen Einblick in die "Intimsphäre" kapitalistischer Betriebsamkeit geben.

keit darüber zu informieren, wie sehr die Politik der Militärjunta dem Ansehen und damit der Wirtschaft des Landes schade. Aus Mercurio-Kreisen wurde schließlich auch die Forderung nach einer "technischen Junta" unter Frei laut, die die Militärjunta unter Pinochet ablösen sollte. Frei nahm auch Kontakte zur KP Chiles auf, von der er sich eine ähnliche Rolle erwartete wie sie die KP Portugals unter Spínola spielt(e): Für den "sozialen Frieden" zu sorgen. Frei-nahe Kreise

lancierten auch das Gerücht, die KP Chile habe dem zugestimmt. Tatsächlich aber hat sie sich ausdrücklich davon distanziert: "Frei und andere Diener der Junta haben unverschämte Behauptungen über Gespräche mit unserer Partei in Umlauf gebracht. Wir erklären mit Entschiedenheit, daß solche Gespräche niemals stattgefunden haben und auch niemals stattfinden könnten." (Erklärung der KP Chiles vom Juni 1974,

# Internationale Nachrichten

zitiert nach CHILE-NACHRICHTEN Nr. 18).

Trotzdem aber scheint heute für die chilenische Bourgeoisie die Militärjunta ein lästiger Klotz zu sein, dessen sie sich zu entledigen wünscht.

Die Junta versucht verzweifelt, sich darauf einzustellen. Ein Schritt dazu ist die Entmachtung des Generals Leigh, dessen erklärtes Ziel, die Errichtung einer faschistischen Massenorganisation war, die den Terror der Junta perfektionieren sollte: Während seiner Abwesenheit in Peru wurde das sogenannte "Juristische Statut" erlassen, eine Pseudoverfassung, die den Übergang zu "Verfassung und Gesetz" (Juristisches Statut) enthalten will (so empfing Pinochet die Präsidentenscharpe aus der Hand des Präsidenten des obersten Gerichtshofes), in Wahrheit aber nur die Legitimierung des "de-facto-Rechtes" enthält, sowie die Machtstreitigkeiten der herrschenden Militärs zu Gunsten von Pinochet und Merino gegen Leigh bereinigt. Die Eile, in der das Dokument fertiggestellt wurde, führte zu zahllosen Ungereimtheiten; in weiten Zügen gleicht es der ehemaligen argentinischen Militärverfassung unter General Lanusse (1971-1973), zeugt jedenfalls von dem verzweifelten Versuch der Junta, der Bourgeoisie zu beweisen, daß sie nicht als Ganzes durch Frei ersetzt werden muß, sondern durch innere Reinigung (Entmachtung Leighs) durchaus regierungs-

fähig bleibt. In die Hände spielt ihnen dabei der Frei-Flügel der Christdemokraten: Seit Januar 1974 versuchen diese Kreise, mit der Junta zu einem Agreement zu kommen, also ihren Anteil am großen konterrevolutionären Kuchen zu erhalten. Sie versuchten, die Wiederezulassung der Christdemokraten zu erreichen, und zwar mit guten Gründen: "Wenn wir unsere Arbeiter nicht politisch orientieren können, bleiben diese irgendwelchen marxistischen Aktivisten ausgeliefert, die ihnen ihre eigene Version aufschwätzen können und sie damit zu Aktionen und Orientierungen gegen die Junta bewegen." (Zitiert nach CHILE-NACHRICHTEN Nr. 18). Allein, diese Versuche scheiterten an der völligen Unfähigkeit der Junta, politisch flexibel zu handeln.

Wie sieht gegenüber den rivalisierenden Flügeln der herrschenden Klasse die Situation des chilenischen Widerstandes aus? Die Unidad Popular hat sich wieder organisatorisch erholt und ihre Basis verbreitert: So hat sie jetzt ausgezeichnete Kontakte zu den linken Strömungen der Christdemokraten und zum MAPU-OC. Gelegentliche Mißverständnisse werden auch jetzt besser bereinigt: Eine Erklärung der UP zum 1. Mai konnte sich der MAPU-OC nicht anschließen, weil dieser nicht die Einschätzung der KP über die angeblich "ultralinken Strömungen" und über die fortschrittliche Rolle der "Gesamtheit der Christdemokraten" teilt. In der Erklärung der UP zum 1. Mai hat nämlich die UP nach wie vor den "ultralinken" Gruppen eine Mitschuld am Sieg der Reaktion - wenn auch mit vorsichtigeren Worten - unterschoben und die "Gesamtheit der Christdemokraten" als Bündnispartner apostrophiert. Nach einem Protest der MAPU-OC in Rom kam eine veränderte gemeinsame Erklärung heraus, wo der Hinweis auf die ultralinken Kräfte fehlt und nur mehr von einer Einbeziehung der Christdemokraten in den antifaschistischen Kampf die Rede ist.

Auch der MIR äußert sich optimistisch im Hinblick auf eine Vereinheitlichung des revolutionären Widerstandes gegen die Junta. Er merkt zwar

kritisch an, "daß drei Monate (nach dem Entwurf einer politischen Plattform des antifaschistischen Widerstandes, den der MIR der chilenischen Linken unterbreitet hatte) danach der Grad der Einheit, von dem alle sagen, daß sie ihn anstreben, immer noch nicht erreicht ist", gibt aber seiner Überzeugung Ausdruck, "daß (die politische Entwicklung) der Beschränktheit einiger politischer Führung, die ohne gültige Gründe den Grad der Einheit verzögern, den der Kampf gegen die Gorilladiktatur fordert entgegenwirkt." (CHILE-NACHRICHTEN Nr. 18) Nachdrücklich verweist er auch auf den lateinamerikanischen Vereinigungsprozeß der revolutionären Kräfte: Die Existenz der Junta Coordinadora zwischen dem MIR in Chile, dem ERP in Argentinien, den Tupamaros in Uruguay und der ELN in Bolivien ist Ausdruck der Internationalisierung des Kampfes gegen den Imperialismus. Der Junta kommt zweifellos eine immer wachsende Bedeutung zu.

Allen Bulletins des chilenischen Widerstand ist noch ein Punkt gemeinsam, der für uns von großer Wichtigkeit sein sollte:

Heute braucht der Kampf des chilenischen Volkes mehr denn je die internationale Solidarität. Verdoppeln wir die internationale Solidarität mit dem Widerstand.

## Jugoslawien

Die Geschichte des jugoslawischen Wegs zum Sozialismus ist ebenso widersprüchlich wie einzigartig. Nach dem Bruch Jugoslawiens mit der stalinistischen Kominform 1948, die Jugoslawien zu einem unterentwickelten Agrarstaat stempeln wollte,





# Internationale Nachrichten

sah sich die jugoslawische Führung gezwungen, im Westen Hilfe zu holen. Damit begann ein äußerst widersprüchlicher Prozeß der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes, der zwei perspektivisch unvereinbare Tendenzen miteinander zu verbinden suchte: Die Einführung von Marktmechanismen bei Beibehaltung der zentralen Planung. Dies sollte den Ausbau der Arbeiterselbstverwaltung ermöglichen.

Beim 6. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ, damals noch KPJ) wurde die Errichtung der Arbeiterselbstverwaltung als Mittel zur Dezentralisierung der Macht und damit als Schutz vor den bürokratischen Entartungen des Stalinismus erkannt. Parallel dazu sollte sich der BdKJ auf die Rolle des Erziehers beschränken, wodurch Machtmißbrauch gänzlich unmöglich werden sollte.

Genau dieser offiziell proklamierte Rückzug des BdKJ von der Ausübung der Macht ermöglichte aber diejenigen Entartungstendenzen, die die Gefahr einer kapitalistischen Restaurierung Jugoslawiens mit sich gebracht hat: Die Parteimitglieder haben nahezu alle entscheidenden Stellen in Politik und Wirtschaft inne, sind aber auf Grund der untergeordneten Rolle der Partei in der Lage, die "Rationalität" technokratischer Entscheidungen zu vertreten. Der Rückzug der Partei führte daher nicht zur Stärkung der Arbeiterselbstverwaltung, sondern zur Stärkung der Monopolstellung des Staatsapparates und seiner Organe. Die Bedeutung der Arbeiterselbstverwaltung war ohnedies von Anfang an durch das starke Auslandskapital (Beteiligung an allen wirtschaftlichen Unternehmungen ist bis zu 49 % möglich!!) eingeschränkt: Die Beteiligung des Auslandskapitals erfolgte in der Regel unter der Bedingung, daß sich die Arbeiterräte nicht in die Unternehmensführung einmischen würden.

Die Entfaltung der Arbeiterselbstverwaltung auf Betriebsebene, die aber nicht unterstützt wurde durch eine politische Organisationsform, die die tatsächliche Machtausübung der Ar-

beiterklasse gewährleistete, steht unter der Kontrolle eines mächtigen Staatsapparates, deren privilegierte Schicht von Technokraten sich das Monopol der politischen Machtausübung aneignete. Dies führte zur Stärkung der Marktmechanismen und damit zur Schwächung der Zentralplanung. Der immer stärkere Betriebs-egoismus war Ausdruck der Tatsache, daß die jugoslawischen Unternehmen schon quasi Gruppeneigentum waren, das nach dem Bestreben des möglichst großen Gewinns vergrößert werden sollte. Die Investitionen wurden nicht mehr nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen getätigt, sondern nach der größten "Nachfrage". Parallel dazu erhielten die Banken und Handelsorganisationen eine immer bedeutendere Stellung, die ihrerseits diesen Prozeß beschleunigten. Dadurch vergrößerte sich auch im zunehmenden Maße die regionalen und sozialen Ungleichheiten.

Die serbokroatische Krise 1971 beleuchtete diese Mißverhältnisse schlagartig: Jugoslawien war in eine wirtschaftliche Stagnationsphase geraten, in der es sich auch heute noch befindet. In den letzten drei Jahren stiegen die Lebenshaltungskosten um 62 Prozent, die Arbeitslosenrate liegt derzeit bei 8 Prozent. Sie wird im Gefolge der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Ländern, die eine große Anzahl von Arbeitsemigranten in der Hochkonjunktur aufgenommen hatten, die heute als erste die Folgen der Krise zu spüren bekommen und nach Hause geschickt werden, noch weiter steigen.

Um diesen Zerfallserscheinungen zu begegnen, sah sich die Partei genötigt, wieder verstärkt ins gesellschaftliche Leben einzugreifen. Einige nationalistische Parteileitungen, die die Entwicklung Jugoslawiens auf eine Restauration des Kapitalismus hin begünstigten wurden abgesetzt. Im Februar 1974 wurde eine neue Verfassung erlassen, die eindeutig auf die Stärkung der Arbeiterselbstverwaltung abzielt: Das alte parlamentarische Repräsentativsystem wird abgelöst durch jederzeit abwählbare Gemeindegliederte, die ein gebundenes Mandat

haben, d.h. für alle entscheidenden Fragen die Zustimmung der Vollversammlung ihrer Wähler benötigen. Diese Delegierten entsenden ihrerseits Delegierte in die Gemeinden, diese Gemeindevertreter wählen ihrerseits die Delegierten in die Republik usw. Sie sind ihren Wählern voll verantwortlich.

Wie sich diese Verfassung auf die gesellschaftliche Realität Jugoslawiens auswirken wird, bleibt noch abzuwarten. Der BdKJ hat jedenfalls auf seinem 10. Kongreß klare Positionen bezogen, wie er seine Rolle in der Weiterentwicklung Jugoslawiens sieht: "Der Zehnte Kongreß wird für die noch stärkere Durchsetzung der Rolle des BdKJ bei der weiteren allseitigen Entwicklung des Landes, der Stärkung der Einheit und der Bestätigung der sozialistischen Selbstverwaltung große Bedeutung haben!" (Tito) Es scheint, daß sich Tito gegen die starke Opposition von Verteidigern der "Freien Marktwirtschaft" durchgesetzt hat. Die Abgrenzung nach rechts war auf dem Parteitag nicht zu überhören. Als Hauptfeind wurden die "technokratisch-bürokratischen, nationalistischen und selbstverwaltungsfeindlichen Kräfte" gebrandmarkt. Demgegenüber wurde die Praxis-Gruppe, eine Gruppe fortschrittlicher Hochschullehrer und

**Deine  
Lebensversicherung  
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine  
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6  
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14  
Telefon: 62 74 302



# Internationale Nachrichten

Studenten, die in jüngster Zeit Zielscheibe zahlreicher Angriffe der Staatsbürokratie war, rehabilitiert: Sie wurden in ihrem Amt bestätigt und die Reisepässe, die ihnen entzogen worden waren, wurden ihnen zurückerstattet.

Wie sich die neue Entwicklung in Jugoslawien durchsetzen wird, bleibt noch abzuwarten. Der von der bürgerlichen Presse erwartete Zug zum "Stalinismus" ist jedenfalls ausgeblieben.

R. P.

## Opposition in der Sowjetunion

Das Dilemma von Sozialisten und Kommunisten in den bürgerlichen Demokratien ist die Verteidigung der Grundsätze des Sozialismus und Kommunismus gleichzeitig gegen ihre natürlichen Feinde, gegen die Ideologen und Propagandisten der "freien Welt" und gegen jene, die im Namen von Sozialismus und Kommunismus dessen Grundsätze auf äußerste entstellen und dadurch für alle reaktionären Verleumdungen und Pauschalurteile die schärfste Munition liefern.

Das Dilemma besteht darin, beide Seiten zurückzuweisen, ohne Gefahr zu laufen, unversehens zu ungewollten Verbündeten konservativer und reaktionärer Kräfte zu werden. Noch komplizierter wird dieser schwierige Kampf, wenn mit Recht weltweit bekannte und angesehene Menschen wie Solschenizyn, selber Opfer der Deformationen in den "sozialistischen" Staaten, in ihrer Kritik nicht nur die Verfehlungen, ja Verbrechen eines entstellten Systems geißeln, sondern das System selbst dafür verantwortlich machen. (Das Kind mit dem Bad ausschütten.) Sie werden dann nicht nur ungerecht und selbstgerecht, sondern sie werden auch zu den besten und "glaubwürdigsten" Propagandisten des Antisozialismus und Antikommunismus.

Zu den Verdiensten des ebenfalls oppositionellen sowjetischen Autors Medwedew gehört, daß er dies in seiner Kritik an Solschenizyn veranschaulicht und trotzdem das nötige Verständnis für Solschenizyn zeigt: auch die Wandlung eines Solschenizyn vom Bolschewiken zum moralistischen Ankläger ohne Sinn und Blick für historische Maßstäbe ist selbst ein negatives Ergebnis dessen, was Solschenizyn anklagt und verurteilt.

- Die Redaktion -

"Das Buch Solschenizyns ist übervoll mit schrecklichen Tatsachen; schon eine weitaus kleinere Anzahl solcher Fakten wäre nur mit Schwierigkeiten zu bewältigen. Das Buch enthält viele Gedanken und Beobachtungen; tiefe und wahre und vielleicht auch nicht immer ganz wahre; aber in jedem Fall entsprungen aus dem ungeheuren Leiden vieler Millionen von Menschen, aus Leiden wie sie unser Volk in seiner viele Jahrhunderte alten Geschichte noch nicht erlebt hat."

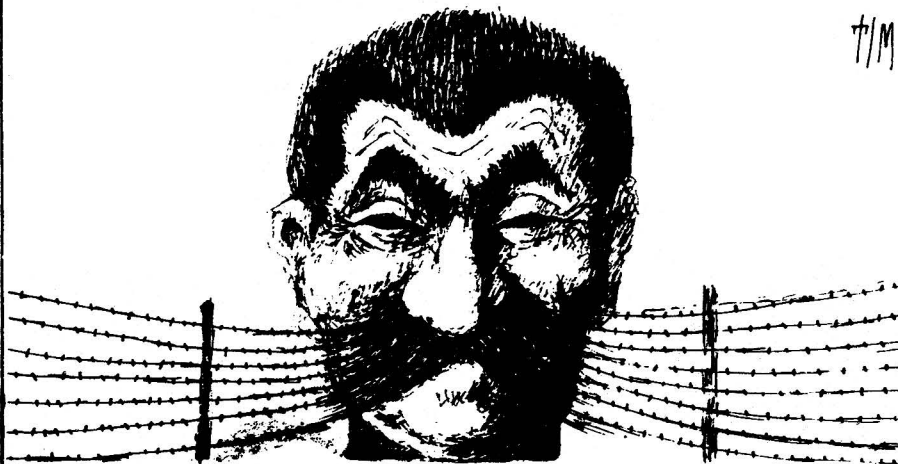
Im folgenden setzt sich Medwedew mit der offiziellen Solschenizynkritik auseinander und weist an Hand von Zitate aus dem "Archipel Gulag" des kritisierten Autors nach, daß diese Kritik in einer Reihe von Fakten schlicht und einfach von Unterstellungen ausgeht. Was Medwedew selbst an Solschenizyn kritisiert, ist dessen Unverständnis, Sozialismus von den stalinistischen Entartungen zu trennen:

"Natürlich wäre es ein Fehler, die Epoche des stalinistischen Terrors völlig von der vorhergehenden revolutionären Epoche trennen zu wollen. Irgendeine ursprüngliche, streng umrissene Grenze gab es nie. (...)

Aber diese Verbindung ist nicht gleichbedeutend mit Identität. Stalin trat nicht 'in die Fußstapfen Lenins', (wie Scholschenizyn behauptet hatte). Schon in den ersten Jahren der Revolution wandelte er nicht immer in Lenins Fußspuren. Später führte er die Partei überhaupt mit jedem Schritt in eine andere Richtung. Die äußere Ähnlichkeit der Dinge maskiert im gegebenen Fall sehr große innere Verschiedenheiten und sogar Gegensätze; und der Übergang in diese Gegensätze war durchaus nicht gesetzmäßig determiniert und unvermeidlich. (Es wird sich zeigen,) daß Stalin sogar innerhalb des von Lenin in Rußland eingeführten Systems der parteilichen, staatlichen und gesellschaftlichen Beziehungen bei einigen Maßnahmen grundlegende Umwälzungen durchführte und nur die äußere Form der sogenannten Leninschen Norm, nur die Terminologie des Marxismus-Leninismus beibehielt. (...) Selbstverständlich sind wir nicht der Meinung, daß das Vermächtnis Lenins und die Leninsche Periode in der Geschichte unserer Revolution nicht einer sehr ernsthaften kritischen Analyse bedarf. Aber für Solschenizyn existiert einfach nicht der Begriff 'Stalinismus', da für ihn Stalin ja nur 'in die genau vorgegebenen Fußstapfen trat'. Im Buch Solschenizyns gibt es fast gar nichts, was man historischen Hintergrund nennen könnte. (...) Solschenizyn hat unrecht, wenn er annimmt, daß dieses System in seinen grundlegenden Zügen auch heute noch erhalten geblieben ist. Aber es ist auch noch nicht vollständig aus unserem gesellschaftlichen, politischen und geistigen Leben verschwunden."

Medwedew spart auch nicht mit seiner Kritik an Lenin, die er im Anschluß an Solschenizyn nochmals aufzählt und die in der Bemerkung gipfeln:

# Internationale Nachrichten



"Der Sowjetstaat ging zu weit in der Einschränkung der Demokratie in unserem Land". Aber Medwedew ist an solidarischer Kritik an der Sowjetunion interessiert und so stellt er in deutlicher Distanzierung von Solschenizyn fest: "Die Aufzählung von Irrtümern und Fehlern läßt sich fortsetzen. Aber keinerlei Kybernetik kann helfen zu beweisen, daß der bewaffnete Aufstand vom 24.10.1917 ein historisch verfrühter Schritt war und daß alle folgenden Greueltaten des Stalinischen Regimes verhängnisvollen Fehlern Lenins entsprangen."

Im folgenden setzt sich Medwedew

mit der von Solschenizyn angebotenen Alternative auseinander. Solschenizyn fordert eine Technokratie, eine Gesellschaftsordnung, in der die sogenannten Fachleute die politische Macht innehaben sollten. Um deren Machtmißbrauch zu verhindern, hätte als oberste moralische Instanz die göttliche Moral zu gelten. "Daß die religiöse Ideologie die zweihundertjährigen Greueltaten der Inquisition, die Folterungen und die Verbrennungen der Ketzer erleichterte, das weiß Solschenizyn sehr wohl und schreibt darüber auch an anderer Stelle."

Als Resumè stellt Medwedew fest: "In jedem Fall sagen mir Solschenizyns

7/M  
Ideale sehr wenig zu. Ich bin fest davon überzeugt, daß in absehbarer Zukunft unsere Gesellschaft auf der Vereinigung von Demokratie und Sozialismus wird aufbauen müssen und daß gerade die Entwicklung des Marxismus und des Kommunismus es erlaubt, ein richtigeres, menschliches Zusammenleben zu schaffen. (...) Dies setzt im einzelnen die Abschaffung aller Privilegien für die Führer voraus; eine vernünftige Begrenzung der politischen Macht, wo immer es möglich ist; Selbstverwaltung, eine Erweiterung der Vollmachten der lokalen Machtorgane (...); der Marxismus wird nicht daran zu Grunde gehen, daß er einen seiner früheren Anhänger verloren hat. Wir glauben im Gegenteil, daß der Marxismus bei einer Polemik mit einem Gegner, wie Solschenizyn einer ist, nur gewinnt. Ein solcher Gegner ist für den Marxismus weitaus besser als Verteidiger wie Serge Michajlkow und Alexander Tschakowski (?) (parteitreue Kulturbonzen, die die Kampagne der Parteibürokratie gegen Solschenizyn getragen hatten, d.Red.). Eine 'wissenschaftliche Ideologie', die man den Menschen mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt aufzwingen müßte, wäre nichts wert. Das hat der echte wissenschaftliche Sozialismus zum Glück nicht nötig." ●

## HEINZ KOLISCH

### LIEBIGGASSE 9

### 43 32 21

### 1010 WIEN

## BOOK POWER



1020 Wien, Odeongasse 1  
 (Ecke Große Mohreng.)  
 jeden Freitag und Samstag  
 ab 19 Uhr geöffnet



Auskünfte über das Programm  
 erteilt: FÖJ-Sekretariat,  
 1040 Wien, Belvederegasse 10,  
 Tel.: 65 19 52.

## Gegen die Politik der Sozialpartnerschaft!

### Für kämpferische Interessenvertretungen der Arbeiterklasse!

**GGE**

**Den Klassenkampf offensiv führen!**

LISTE

**4**

#### UNSERE KANDIDATEN :

##### Arbeiter :

Urban Kurt	BRO-Stellvertreter Wertheim
Stern Walter	BRO Goerz - Elektro
Resch Hans	BRO ÖMV-Tanklager Lobau
Zickler Gustl	Gewerkschaftssekretär
Vogt Friedrich	BR Schrack
Aurednik Edmund	BR Felten&Guilleaume
Artner Karl	bis 21. Juli HUKLA
Nachtmann Hans	BR Wertheim
Heiselmayer Charly	WIBEBA-Bauring
Endlicher Maria	BR Anger
Urban Gustav	BR ÖMV-Tanklager Lobau
Graßler Norbert	Gebrüder Lang
Prager Karl	Bernhardt&Söhne
Dorner Hilde	Staatliche Versuchsanstalt
Pold Walter	Helm und Söhne

##### Angestellte :

Neuhaus Walter	BRO-Stellvertreter ÖMV-Tanklager Lobau
Schrems Georg	BR Sparkassenverlag
Lauber Walter	BRO Express
Heller Leopoldine	BR Siemens
Leitsmüller Bruno	BRO Wertheim
Makomaski Erich	BR Erste Allemeine Versicherung
Minnich Fritz	BRO-Stellvertreter Hübner Vamag
Szymura Margarethe	BR Ruthner
Margulies Hans	Loba Chemie
Mikolasch Franz	Gewerkschaftssekretär
Mayer Helmut	Terrag-Asdag
Dürr Heinz	Städtische Versicherung
Beer Rudi	BRO ÖMV Labor
Zinner Leopold	Reichert
Zottel Peter	BRO Eldorado

**Arbeiterkammerwahl 29./30. September 1974**  
**Gewerkschaftliche Einheit GE**